

# AKADEMIE -REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82323 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51  
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)



## Schwarze Koffer – weiße Westen:

### Kampf gegen die Korruption

Skandale und Affären häufen sich: Korruption ist auch ein deutsches Thema geworden. Um an lukrative öffentliche Aufträge zu kommen, wird hierzulande offenbar systematisch bestochen und geschmiert. Auch Parteifunktionäre hatten allem Anschein nach bei diesen schmutzigen Geschäften ihre Hand mit im Spiel und kassierten kräftig ab – auf Kosten der Allgemeinheit.

Wie tief steckt Deutschland wirklich im Korruptionssumpf? Die Akademie lud namhafte Experten der Korruptionsbekämpfung ein.

*Siehe Seite 3*



Aktiv an der Front gegen Korruption: der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schaupensteiner

## Akademiedirektor Oberreuter wurde 60:

### Synthese von Wissenschaft und Bildung



v.l.: Heinrich Oberreuter, Festredner Bernhard Vogel und Hans Maier Foto: Balle

Tatkräftig, wertorientiert, vernunftgeleitet, aber auch leidenschaftlich. Diese herausragenden Eigenschaften – da waren sich alle Laudatoren einig – waren zugleich Voraussetzung wie Ergebnis des außergewöhnlichen Lebensweges und bisherigen Lebenswerkes von Heinrich Oberreuter.

Prominente Gratulanten aus der Politik, der Wissenschaft und den Medien würdigten den Wissenschaftler, politischen Erzieher und Publizisten und feierten mit ihm in der Akademie seinen 60. Geburtstag.

*Siehe Seite 18*

## **Das Leichte ist immer das Schwerste**

### **Fachleute erkunden Zukunftstrends bei der Fernsehunterhaltung**

„Unterhaltung ist nicht immer lustig. Nichts jedoch ist weniger lustig als der Versuch, sie zu definieren.“ Dieses über 30 Jahre alte Bonmot des Journalisten Gerhard Prager zog sich wie ein roter



Günter Struve, ARD-Programmdirektor: „Ein Unterhaltungschef, der mit seinen Sendungen ins Feuilleton will, verursacht Herzstillstand!“

Faden durch eine Tagung, an der der Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) beteiligt war. Wissenschaftler und Medienpraktiker waren angetreten, um den Zukunftstrends des Unterhaltungsfernsehens nachzuspüren.

*Siehe Seite 8*

## Soziale Marktwirtschaft:

### Ellenbogenfreiheit?

Der Vorbildcharakter der Sozialen Marktwirtschaft ist verblasst. Deutschland sieht sich heute sogar einer „Schlusslicht-Debatte“ ausgesetzt. Wie muss Soziale Marktwirtschaft aussehen, wenn sie wieder ein dynamisches Vorbild sein soll? Dazu gehört auch die Klärung ihrer ethischen Grundlagen.

*Siehe Seite 13*

# Inhaltsverzeichnis

## Seite

<u>„Krebsübel der Gesellschaft“</u> <b>Schwarze Koffer - weiße Westen</b>	3
<u>Unterhaltung im Fernsehen:</u> <b>Das Leichte ist immer das Schwerste</b>	8
<b>Der im-perfekte Mensch</b>	11
<b>Ethos oder Ellenbogen?</b>	13
<b>Studientag politische Bildung</b>	16
<b>Der Rechtsstaat im Kampf gegen Terrorismus</b>	16
<u>Föderalismus:</u> <b>Reformpläne auf dem Prüfstand</b>	17
<u>Akademiedirektor Oberreuter wurde 60:</u> <b>Die personifizierte Synthese von politischer Wissenschaft und Bildung</b>	18
<b>Mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes</b>	20
<b>Im Wunderland der Bürokraten</b>	22
<b>Neue Formen von Krieg</b>	23
<u>Schülerforum Aktuelle Politik:</u> <b>Politische Bildung für die Multiplikatoren von morgen</b>	26
<u>Frauen und Islam:</u> <b>Koran, Kopftuch und deutsche Cliques</b>	28
<u>Türken in Deutschland:</u> <b>Nicht anfällig für Islamismus und Terrorismus</b>	30
<b>Politik und Religion in einer erweiterten EU</b>	31
<b>Eine neue Variante des Totalitarismus</b>	32
<b>Themen - Tagungen - Termine</b>	35
<b>Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen</b>	37
<b>Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter</b>	39
<b>Namen und Nachrichten / Anmeldeformular</b>	44

### Direktor der Akademie:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

### Vorsitzender des Kuratoriums:

Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

### Vorsitzender des Beirats:

Siegfried **Kett**

### Kollegium:

Klaus **Grosch**

Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-  
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Peter **Hampe**, Dozent

Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Dr. Michael **Piazzolo**, Dozent

Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,  
Rechtspolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent

Medien, Kommunikationspolitik,  
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Pers. Referent des Direktors  
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent

Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**

Gesellschaft und Umwelt,  
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**

Ethik und Politik

### Organisationsreferat:

Elke **Leisching**

Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

### Akademie-Report

#### Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1 82323 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14

Internet: <http://www.apb-tutzing.de>

E-Mail: [Chefsekretariat@apb-tutzing.de](mailto:Chefsekretariat@apb-tutzing.de)

#### Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter  
(verantw.)

Dr. Michael Schröder

(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

#### Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH

Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben



## Schwarze Koffer - weiße Westen

Der Rechtsstaat im Kampf gegen die Korruption

**A**nfang des Jahres sorgte die Korruptionsaffäre um die Müllverbrennungsanlage Köln für Negativschlagzeilen. Was dabei ans Licht kam, übertraf die schlimmsten Befürchtungen: Um an lukrative öffentliche Aufträge zu kommen, wird hierzulande offenbar systematisch bestochen und geschmiert. Ja, mehr noch: Auch hohe Funktionsträger politischer Parteien hatten allem Anschein nach bei diesen schmutzigen Geschäften ihre Hand mit im Spiel und kassierten kräftig ab – auf Kosten der Allgemeinheit. Alles nur Panikmache der Medien? Wie tief steckt Deutschland wirklich im Korruptionssumpf? Um das herauszufinden, lud die Akademie namhafte Experten der Korruptionsbekämpfung ein.

Dr. Michael Wiehen von Transparency International (TI) bestätigte, dass Korruption auch in Deutschland ein Thema ist – gerade auch in der öffentlichen Verwaltung. Im internationalen Vergleich liege Deutschland zwar eher im oberen Mittelfeld (Rang 18 von 102 untersuchten Ländern im aktuellen Korruptionswahrnehmungsindex von TI). Nichtsdestotrotz sei in den letzten fünf Jahren ein deutlicher Anstieg der Korruption zu beobachten gewesen. Kam Deutschland im Jahr 1997 auf einer Skala von 10 (= korruptionsfrei) bis 0 (= voll korrupt) noch auf den Wert 8,2, so habe es in diesem Jahr gerade mal für Note 7,3 gereicht (siehe Graphik). Als besonders korruptionsanfällig erwiesen sich dabei regelmäßig Bereiche, in denen öffentliche Bauaufträge vergeben werden (z. B. Bau von Klärwerken), aber auch alle Bereiche mit Bürgerkontakt (z.B. Führerscheininstellen, Ausländerverwaltung), nicht zuletzt auch der ganze Bereich des Gesundheitswesens. Betroffen seien grundsätzlich alle staatlichen Ebenen sprich Bundes-, Landes- und kommunale Ebene.

### Auffällig unauffällig

Britta Bannenberg von der Universität Bielefeld befasste sich mit dem Phänomen der sogenannten strukturellen Korruption. Im Gegensatz zur Gelegenheitskorruption sei diese Form der Korruption von längerer Dauer als gewachsene Beziehungen einerseits

und Netzwerke organisierter Wirtschaftskriminalität andererseits. Der Unterschied zwischen diesen beiden gleich schädlichen Strukturen der Korruption: erstere agieren zumeist regional begrenzt, letztere sind hingegen



**Kriminologin Britta Bannenberg:** „Die Täter fahren nicht mit dem Ferrari vor.“ Fotos: Bartosch

bundesweit tätig. Interessanterweise seien gerade im letztgenannten Bereich immer wieder erhebliche Einflussnahmen der Politik auf Strafverfolgung und Vergabeverfahren festzustellen. Von wem aber werden solche Netzwerke struktureller Korruption überhaupt gebildet? Wie sieht er aus, der typische Täter der Korruption?

„Auffällig unauffällig“, so das überraschende Fazit der Kriminologin, die im Zuge ihrer Recherchen Einsicht in Akten der Staatsanwaltschaften von immerhin 14 Bundesländern erhielt. Die überwiegend männlichen Täter

zumeist deutscher Nationalität legten zwar Wert auf einen gehobenen Lebensstandard, „aber sie fahren nicht mit dem Ferrari vor.“ Die berufliche Karriere und der gesellschaftliche Status seien ihnen wichtiger. Erstaunlicherweise seien die Delinquenten fast nie vorbestraft und besäßen im allgemeinen auch legale Wertvorstellungen.

### Erosion des Rechtsbewusstseins

Weshalb sie sich dennoch zu korruptivem Handeln verleiten lassen, versuchte Rupert Pritzl vom Bayerischen Wirtschaftsministerium (zur Zeit Bayerische Landesbank) mit Hilfe einer ökonomischen Theorie der Korruption zu erklären. Legt man dieses Modell zugrunde, kommt es in der Regel dann zu Korruption, wenn die Vorteile aus Sicht des Bestechungsgebers und des Bestechungsnehmers größer erscheinen als die möglichen Nachteile (Strafkosten, Transaktionskosten, moralische Kosten, Opportunitätskosten). Während also beide, Bestechungsgeber und Bestechungsnehmer, von Korruption profitierten, Korruption somit auch als opferloses Verbrechen gelte, sei der eigentliche Geschädigte ein ganz anderer: die Allgemeinheit. Die Schäden, die uns allen Jahr für Jahr infolge von Korruption entstehen, sind immens.

Korruption ziehe häufig höhere Preise, schlechtere Qualität bis hin zu Folgeschäden (z. T. auch Personenschäden) nach sich. Genauso schlimm sei aber, dass Korruption sachgerechte Entscheidungen in der Verwaltung behindere – eine Entwicklung, unter der ehrliche Unternehmen ebenso litten wie der normale Bürger und Steuerzahler. Die möglichen Folgen umschrieb Pritzl so: „Der Staat wird nicht mehr als Interessenwahrer der Allgemeinheit angesehen. Es kommt zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Staat, zu einer Erosion des Rechtsbe-

wusstseins und der Steuermoral. Die Legitimität des gesamten Handelns sinkt und Politikverdrossenheit dürfte zunehmen.“ Dies gefährde auf Dauer die Stabilität eines demokratischen und marktwirtschaftlichen Systems.

## Mehr Personal für konsequente Verfolgung

Oberstaatsanwalt Manfred Wick berichtete am Beispiel der von ihm geleiteten Staatsanwaltschaft München I über Siege und Niederlagen im Kampf gegen die Korruption. Eine Art Initialzündung hin zu einer offensiven Korruptionsbekämpfungsstrategie sei in München 1992 die Aufdeckung von Absprachekartellen bei Großaufträgen der öffentlichen Hand gewesen. Als Reaktion auf diesen Skandal sei 1994 innerhalb der Staatsanwaltschaft I eine eigene Wirtschaftsabteilung mit heute immerhin zwölf Staatsanwälten eingerichtet worden. Alles in allem zog Wick eine positive Bilanz von nunmehr acht Jahren gezielter Ermittlungstätigkeit in Sachen organisierter Wirtschaftskriminalität (siehe Textauschnitt). Allerdings ließ er auch keinen Zweifel daran, dass man seiner Meinung nach erst am Anfang eines langen Weges stehe. Insbesondere eine bessere personelle Ausstattung vieler deutscher Staatsanwaltschaften sei dringend erforderlich, um konsequent gegen Korruption vorgehen zu können.

## Information als Ware

Die Bedeutung der Staatsanwaltschaft bei der Aufdeckung von Korruptionsfällen unterstrich ausdrücklich auch der Frankfurter TV-Journalist Christoph M. Fröhder, Autor (gemeinsam mit Hans Leyendecker) der erst kürzlich im Fernsehen ausgestrahlten Reportage

## Referenten:

**Prof. Dr. Britta Bannenberg**, Universität Bielefeld  
**Christoph M. Fröhder**, TV-Journalist, Frankfurt a. M.  
**Dr. Rupert Pritzl**, Bayerische Landesbank, München  
**Manfred Wick**, Leitender Oberstaatsanwalt, München  
**Dr. Michael Wichen**, Transparency International, München

## Teilnehmer der Podiumsdiskussion:

**Dr. Hans-Jürgen Grasemann (Moderation)**, Oberstaatsanwalt, Braunschweig  
**Dr. Hildegard Kronawitter**, MdL, München  
**Hermann Regensburger**, MdL, Staatssekretär (Bayerisches Staatsministerium des Innern), München  
**Wolfgang Schaupensteiner**, Oberstaatsanwalt, Frankfurt a.M.

## Tagungsleitung:

**Dr. Jürgen Weber**, **Karl-Heinz Willenborg**, Akademie für Politische Bildung Tutzing

„Maulkorb für den Staatsanwalt“. Die Rolle der Medien hierbei werde in der Öffentlichkeit gemeinhin überschätzt. Die wenigsten Redaktionen leisteten sich heute noch eine langwierige und

aufwändige Recherche, zumal das Thema Korruption auch nicht in jedem Fall die notwendige Quote verspreche. In Wahrheit griffen die meisten Journalisten (so auch im Fall der Kölner

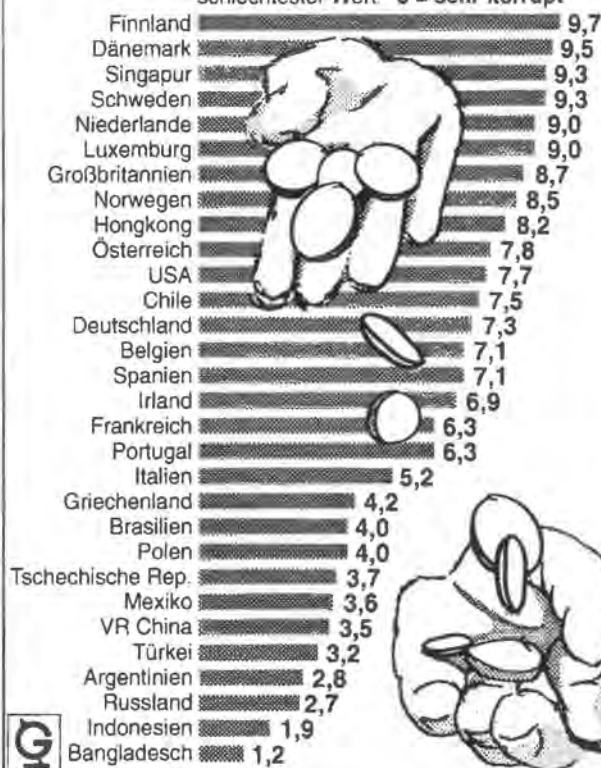
Korruptionsaffäre) auf bereits vorhandene Akten der Staatsanwaltschaft zurück. Ein anderes Problem, das nach Fröhders Ansicht in der Öffentlichkeit noch nicht ausreichend wahrgenommen wird, sei Bestechung innerhalb der Medien. Dies komme auch darin zum Ausdruck, dass im Bereich der Medien immer wieder Informationen (die eigentlich kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssten) zu völlig überhöhten Preisen angeboten und z. T. auch gekauft würden. Dieser pessimistischen Einschätzung zum Trotz machte Fröhder aber auch deutlich, dass Journalisten vielfach schneller, flexibler und mit unkonventionelleren Methoden agieren können als die parallel ermittelnde, in den Behördenweg eingebundene Staatsanwaltschaft.

Die Podiumsdiskussion unter Leitung des Braunschweiger Oberstaatsanwalts Hans-Jürgen Grasemann richtete den Blick in die Zukunft. Welche Instrumente brauchen wir, um den Sumpf trocken zu legen?

## Wie geschmiert

Einschätzung des Korruptionsgrades im Jahr 2002  
 (ausgewählte Länder)

bester Wert 10 = nicht korrupt  
 schlechterster Wert 0 = sehr korrupt



8005

© Globus Quelle: Transparency International



## Kein Kavaliersdelikt

Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Wolfgang Schauensteiner schickte voraus, dass es seiner Meinung nach mit dem Strafrecht allein nicht getan sei, dieses sei nur „ultima ratio“. Vielmehr brauche es ein grundlegendes Umdenken in weiten Teilen der Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft dahingehend, dass Korruption keineswegs ein Kavaliersdelikt sei. Schauensteiner schlug vor, es doch auch einmal mit Anreizsystemen zu versuchen, welche einem nachweislich korruptionsfreien Unternehmen (z. B. in Form eines Gütesiegels) einen gewissen Preisvorteil gegenüber seinen Mitkonkurrenten einräumen. Ungeachtet dessen lägen derzeit auch eine ganze Reihe von gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Tisch, welche die Arbeit der Ermittler erheblich erleichtern könnten. Dazu gehörten die Einführung eines Korruptionsregisters auf Bundesebene, die Schaffung eines Unternehmensstrafrechts, die Anwendung der Telefonüberwachung auch in Fällen von Korruption oder die Einführung der kleinen Kronzeugenregelung für Ausstiegswillige, um nur einige Beispiele zu nennen. Es sei nicht einzusehen, warum seit der Verabschiedung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes 1997 in diesem Bereich nichts mehr geschehen sei. Daher dränge sich ihm der Verdacht auf, dass die Politiker an einer Lösung des Korruptionsproblems nicht wirklich interessiert sind: „Wer ein Problem nicht lösen will, denkt auch über Lösungen nicht nach. Und ich fürchte, dass bisher das Problem nicht gelöst werden soll, es soll nur die Öffentlichkeit zufriedengestellt werden.“

## Politische Initiativen

Die bayerische SPD-Landtagsabgeordnete Hildegard Kronawitter sprach sich für ein ganzes Bündel von präventiven und repressiven Maßnahmen aus (z. B. Beschäftigung von Korruptionsbeauftragten in Verwaltung und Regierung, Einführung des Rotationsprinzips und des Vier-Augen-Prinzips, Festlegung von Bagatellgrenzen und Verhaltenskodices in Unternehmen

usw.). Sie verwies in diesem Zusammenhang auch auf einige Gesetzesinitiativen ihrer Partei, die aber sämtlich am Widerstand von CDU/CSU gescheitert seien. So z. B. habe die Union im Bundesrat erst kürzlich den Ent-



**Oberstaatsanwalt Schauensteiner:** „Mit dem Strafrecht allein ist es nicht getan.“

wurf der Regierung zur Einführung eines Korruptionsregisters auf Bundesebene zu Fall gebracht. Abgelehnt habe die CSU auch die Initiative der SPD-Landtagsfraktion zur Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes, das interessierten Bürgern bei öffentlichen Auftragsvergaben ein



**Hildegard Kronawitter:** „Initiativen der Bundesregierung scheiterten an der Opposition.“

weitgehendes Akteneinsichtsrecht gewähren sollte. Dieses Gesetz habe sich in anderen Ländern, unter anderem Schleswig-Holstein, bewährt. „Wir dachten, ein Gesetz, das sich in Schleswig-Holstein bewährt hat, würde wohl auch in Bayern akzeptiert werden können.“

Der Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium und CSU-Landtagsabgeordnete Hermann Regensburger wollte diese Vorwürfe nicht auf sich sitzen lassen. Die Ablehnung des Informationsfreiheitsgesetzes begründete er mit datenschutzrechtlichen Bedenken und dem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand. Dem Registergesetz wiederum habe man nicht zustimmen können, weil der Entwurf in der vorliegenden Form zu wenig



**Staatssekretär Hermann Regensburger kündigte eine Antikorruptionsoffensive der Staatsregierung an**

konkret gewesen sei und der Regierung einen zu großen Spielraum bei der Ausgestaltung der Rechtsverordnungen gelassen habe. Darauf angesprochen, warum die Union nicht einen eigenen Entwurf vorlege, erklärte Regensburger: „Das ist schon beschlossen.“ Der Innenstaatssekretär nutzte die Gelegenheit auch dazu, eine Antikorruptionsoffensive der Staatsregierung anzukündigen. Diese setze verstärkt auf Prävention und sehe Maßnahmen wie z. B. eine frühzeitige Sensibilisierung der Mitarbeiter in Aus- und Fortbildung, transparente Aktenführung oder eine konsequente Personalrotation (in korruptionsempfindlichen Bereichen mindestens alle sieben Jahre) vor.

Man darf also gespannt sein, welche der hier vorgestellten und diskutierten Instrumente von der Politik tatsächlich in die Realität umgesetzt werden bzw. welcher Erfolg ihnen dann beschieden ist. ■

Heike Bartosch

(siehe auch Pressestimmen S. 40/41)

# Kampf gegen Korruption – Siege und Niederlagen

von Manfred Wick, Leitender Oberstaatsanwalt Staatsanwaltschaft München I \*)

Aus der heutigen Sicht gab man sich in Deutschland zu lange der Illusion hin, Korruption sei eigentlich kein deutsches Thema. ...

Seit Gründung der Spezialabteilung für Korruptionsbekämpfung wurden im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge oder Entscheidung über öffentliche Leistungen 6215 Ermittlungsverfahren eingeleitet, 5940 Ermittlungsverfahren wurden abgeschlossen. Derzeit sind noch 275 Ermittlungsverfahren anhängig. ...

Der Schwerpunkt der Arbeit der Spezialabteilung lag von Anfang an in der Aufdeckung und der strafrechtlichen Aufarbeitung von sogenannten Absprachekartellen. ...

Einen derartigen Fall werde ich Ihnen kurz schildern: Es geht um einen Fall, der in München als das sogenannte „Küchenkartell“ bekannt geworden ist. Drei ehemalige Bedienstete des Baureferats der Landeshauptstadt München waren zuständig für die Vergabe von Aufträgen für Kucheneinrichtungen der städtischen Schulen und Kindergärten. Von 1991 bis zu ihrer Verhaftung im Dezember 2000 hatten sie Bargeld oder Sachzuwendungen von zahlreichen Firmenvertretern für die Vergabe von städtischen Aufträgen gefordert und erhalten. Die Zuwendungen beliefen sich in der strafrechtlich noch nicht verjährten Zeit auf 1,35 Millionen DM. Nur Firmen, die bereit waren, Bestechungszahlungen zu leisten, hatten Zutritt zum Kartell. Die Ermittlungen ergaben, dass einige Firmen dieses Kartells zum größten Teil von den Aufträgen lebten, die sie auf Grund der Schmiergelder von der Landeshauptstadt erhielten. Mit den Schmiergeldern hatten sich diese Firmen eine stets sichere und kalkulierbare Auftragslage verschafft.

Ein weiterer Fall, der über mehrere Monate hinweg ein einziges Referat der Abteilung mit der Arbeitskraft gebunden hat, ist der in der Presse häufig

dargestellte Fall der Korruption im Bereich des Blutspendedienstes des Bayerischen Roten Kreuzes. Von den Verantwortlichen des Blutspendedienstes wurden Bestechungsgelder dafür verlangt und kassiert, dass Firmen, die für die Funktion des Blutspendedienstes notwendige medizintechnische Produkte herstellten und lieferten, Aufträge erhielten. Die zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilten Angeklagten haben über Jahre hinweg



*Manfred Wick: Korruption ist auch ein deutsches Thema*

den medizintechnischen Bedarf ihrer Organisation zu deutlich überhöhten Preisen bezogen und dafür erhebliche persönliche Zuwendungen der Lieferanten erhalten – und natürlich gleichzeitig ihren Arbeitgeber um Millionenbeträge geschädigt. ...

Trotz dieser eindrucksvollen Beispiele, die ich aus der nunmehr acht Jahre dauernden Tätigkeit meiner Spezialabteilung für Korruptionsbekämpfung ausgewählt habe, ist die Frage erlaubt, ob der hohe Personalaufwand, den die Staatsanwaltschaft München I treibt, gerechtfertigt ist, um der Korruption den Kampf anzusagen. Es stellt sich die Frage nach der Relation zwischen Aufwand und Erfolg. Diese Frage stellt sich um so stärker vor dem Hintergrund der allgemeinen Personalknappheit bei den Strafverfolgungsbehörden. Die Frage ist mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. ...

Ein Indikator für die Erfolge der Abteilung Korruptionsbekämpfung ist z.B. die Anzahl der seit 1994 erzielten Verurteilungen. 683 Personen wurden seit der Gründung der Spezialabteilung verurteilt, und zwar verteilt sich die Quote von Freiheitsstrafen und Geldstrafen wie folgt: 593 Jahre Freiheitsstrafe, 5.000.346,66 Euro Geldstrafen und ein Betrag von 14.353.312,49 Euro an Auflagen, d.h. Zahlungen an gemeinnützige Einrichtungen wegen Einstellung des Verfahrens wegen geringen Verschuldens oder Auflagen bei Strafaussetzung zur Bewährung. ...

Auf eine Folge unserer Strafverfolgungsaktivitäten möchte ich besonders hinweisen, und zwar auf die Beträge, die allein durch die Folgen einer konsequenten Strafverfolgung an die Geschädigten – i.d.R. die öffentliche Hand – wieder zugeflossen sind.

An Schadensersatz haben Verurteilte unter dem Druck der Ermittlungs- und Strafverfahren insgesamt 44.370.116,49 Euro an die Geschädigten – in der Regel die öffentliche Hand – zurückgezahlt. Wirtschaftlich spürbare Konsequenzen der Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden liegen auch darin, dass zahlreiche Projekte der öffentlichen Hand kostengünstiger durchgeführt werden konnten, da unter dem Schock der drohenden Strafverfolgung Schmiergelder entgegen früherer Praxis nicht mehr eingeplant werden mussten. So sollte der ursprünglich in der Tradition der Straßenbau- und Tunnelsprachen abgesprochene Petuelringtunnel in München zunächst 240 Millionen DM kosten. Jahre später konnte er um 16 Millionen billiger vergeben werden. Der Grund hierfür war eindeutig der Umstand, dass die frühere abgesprochene Vergabe aufgedeckt und ermittelt worden war, so dass die Firmen dies bei diesem Bauwerk jedenfalls nicht ein zweites Mal versuchten.

\*) in Auszügen



Umfangreiche, sehr aufwändige Ermittlungsverfahren im Bereich der Medizintechnologie und der Zuwendung von Vorteilen an Verantwortliche in Kliniken hatten ebenfalls positive Auswirkungen. Seit der Aufnahme von Ermittlungen in diesem Bereich konnten beispielsweise Preisrückgänge bei manchen Produkten der Medizintechnik von bis zu 30 Prozent verzeichnet werden, eine Folge der Tatsache, dass ohne Einberechnung von Zuwendungen – sprich Schmiergeldern – wieder preisbewusst kalkuliert bzw. verhandelt werden konnte.

...

## Schwarze Liste

Zur Erfolgsbilanz der Strafverfolgung gegen Korruptionstäter zähle ich nicht nur die Anzahl und Höhe der Strafen und Verurteilungen, sondern auch die Tatsache, dass durch eine konsequente und differenzierte Strafverfolgung Zeichen gesetzt werden. So ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, dass die von Absprachen hauptsächlich betroffene Landeshauptstadt München durch die Ermöglichung der Aufnahme von Baufirmen in eine sogenannte Schwarze Liste und Sperre für bis zu drei Jahren – es sei denn, die Täter werden von ihren Funktionen abberufen und die Schäden werden wieder gutgemacht – erhebliche Kosten erspart hat. Hier hat allein die Landeshauptstadt München mit mehr als 20 Millionen DM profitiert. ...

## Sicherheitsgefühl ausgeprägt

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Korruption haben wir natürlich nicht nur Erfolgserlebnisse zu verzeichnen, sondern sind auch in unserer täglichen Arbeit mit Negativem konfrontiert. ...

Eine Tatsache, der den Sachbearbeitern meiner Spezialabteilung bei ihrer Arbeit täglich entgegenschlägt, ist, dass bei vielen Tätern, die im Verdacht der Bestechlichkeit und Bestechung stehen, das Sicherheitsgefühl ungewöhnlich ausgeprägt ist. So waren z.B. die Mitglieder des sogenannten und angesprochenen Küchenkartells alle fest der Meinung, sie würden niemals



Zeichnung: Mester

erwischt werden. Einer der Täter äußerte gegenüber einem ermittelnden Staatsanwalt nach seiner Verhaftung, dass er das bisschen Strafe, die er wohl erwarten könne, locker absitze, sein Geld habe er ja im Ausland.

## Unrechtsbewusstsein

In engem Zusammenhang mit diesem Sicherheitsgefühl steht das weitgehend fehlende Unrechtsbewusstsein. Das darf natürlich nicht verwundern, denn das hängt sicher damit zusammen, dass sich die Strafverfolgungsbehörden erst seit den 90er Jahren intensiv der Korruption annehmen. Viele der von uns Verfolgten fragen sich, warum das, was jahrelang unter strafrechtlichem Aspekt nicht gerügt worden ist, jetzt plötzlich Unrecht sein soll. ...

Eine weitere Problematik liegt darin, dass Korruption ein Bereich der Kriminalität ist, der keine Spuren hinterlässt, d.h. er ist nicht vergleichbar mit den Taten der allgemeinen Kriminalität, bei denen Spuren vorhanden sind, die der Kriminaltechnik wie z.B. DNA-Analyse, Fingerabdrücke, Sachverständigengutachten zugänglich sind. Nachweise können entweder durch Aussagen von geständigen Tätern oder Zeugen geführt werden, ergänzt durch entsprechende Auswertungen von Geschäftsunterlagen. Vor

diesem Hintergrund würden wir uns mehr Unterstützung durch den Gesetzgeber wünschen, z.B. die Einführung einer Erweiterung des Katalogs des § 100 a StPO auf Korruptionsdelikte, was dann die Telefonüberwachung in diesem Bereich zulässig machen würde, oder die Einführung einer kleinen Kronzeugenregelung vergleichbar der Regelung, die wir im Betäubungsmittelbereich haben.

Manche Misserfolge bei unseren Ermittlungen ließen sich vermeiden, wenn wir dieses Instrumentarium zur Verfügung hätten. Das Zögern, das der Gesetzgeber hier zeigt, ist eigentlich nicht ganz verständlich; denn Korruption hat in zahlreichen Fällen durchaus etwas mit organisierter Kriminalität zu tun, deren Bekämpfung ein großes Anliegen der Öffentlichkeit ist. Das Fehlen einer Kronzeugenregelung hat zur Folge, dass wir nur unzureichend Personen entgegenkommen können, die sich selbst offenbaren, an Korruptionsstraftaten teilgenommen zu haben und weitere Straftaten aufdecken. Hierin liegt auch die Ursache dafür, dass das von der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft München I eingerichtete Einsteigertelefon bisher keinerlei Erfolge gezeigt hat, obwohl diese Einrichtung nunmehr schon fast ein ganzes Jahr besteht. (...) ■

## **Das Leichte ist immer das Schwerste**

*„Quatsch, Quark und Quote“ – Fachleute erkunden Zukunftstrends*

**„Unterhaltung ist nicht immer lustig. Nichts jedoch ist weniger lustig als der Versuch, sie zu definieren.“ Dieses über 30 Jahre alte Bonmot des Journalisten Gerhard Prager zog sich wie ein roter Faden durch eine Tagung, an der der Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR) beteiligt war. Wissenschaftler und Medienpraktiker waren angetreten, um den Zukunftstrends des Unterhaltungsfernsehens nachzuspüren.**

**B**ereits 1971 hatte die Akademie Unterhaltungsprogramme auf den Prüfstand der Kritik gestellt, um den „politischen Prägungen durch Unterhaltung“ auf den Grund zu gehen. Hans Friedrich als damaliger Tagungsleiter und Wolfgang R. Langenbucher als Referent – dieses Mal wieder im Publikum dabei – hatten gefordert, „Unterhaltung stärker in die seriöse Forschung einzubeziehen“ und eine „Didaktik der politischen Meinungsbildung durch unterhaltende Publizistik“ verlangt. Offenbar ist der Ruf inzwischen erhört worden, denn über fehlende empirische Grundlagen konnten alle Referenten nicht klagen.



*Walter Hömberg: „Viele Innovationen erweisen sich als junger Wein in alten Schläuchen.“*

### **Konstanz und Wandel**

MAR-Sprecher Walter Hömberg von der Katholischen Universität Eichstätt ließ 50 Jahre deutsches Unterhaltungsfernsehen Revue passieren und kam zu dem Schluss, dass TV-Unterhaltung durch eine große Konstanz geprägt sei. Die alten Dinosaurier wie Frankenfeld und Kulenkampff gäbe es zwar nicht mehr, sie seien aber abgelöst durch die jungen Dinos Gottschalk und Jauch. Gleichzeitig sei Fernsehunterhaltung durch raschen Wandel gekennzeichnet: „Die Veränderungszyklen laufen immer schneller, die Halbwertszeit der Formate wird immer kürzer. Viele Innovationen erweisen sich als junger Wein

in alten Schläuchen.“ Statt Wiederholungen und Wiederaufnahmen gibt es heute übrigens neudeutsch „Retrotrends“. Der Medienwissenschaftler Hömberg forderte, Forscher und Kritiker sollten sich stärker mit Qualität

**„Unterhaltungsprogramme im öffentlich-rechtlichen Fernsehen schlackern wie eine zu groß geratene Hose.“**

*Ute Biernat, Geschäftsführerin  
Grundy Light Entertainment*

beschäftigen und statt „kulturkritische Schwanengesänge anzustimmen“ lieber „präzise Kriterien für gute Unterhaltung entwickeln“. Aber: „Die Analyse des Leichtesten ist sicher das Schwerste!“

Ganz unwissenschaftlich, aber trotzdem präzise war Oliver Welke. Der preisgekrönte SAT1-Ran-Moderator und Entertainer (er übernimmt im Februar 2003 von Rudi Carrell „7 Tage – 7 Köpfe“) legte die deutsche TV-Unterhaltung auf den Seziertisch der bitterbösen und messerscharfen Kritik des Satirikers und Spötters. Seine subjektiv-feuilletonistischen Programmbeobachtungen hatten das Motto: „So grausam kann Fernsehen sein.“ Besonders grausam für ihn: das ständige „Abkupfern“ von Erfolgsformaten aus den USA und zwischen den Sendern. Binnen Monaten seien die dann „aus-



*Oliver Welke: Fernsehunterhaltung auf dem Seziertisch des Satirikers*

gelutscht“ wie momentan die inflationären und billig hergestellten Gerichtsshow am Nachmittag: „Immer absurdere Fälle werden konstruiert, mit von der Straße gecasteten Nicht-Schauspielern umgesetzt und schließlich als Realität ausgegeben.“

Als besonders absurd bezeichnete er die „Reality-Fakes“ der „Pseudo-Lebenshilfe-Shows“ (*Zwei bei Kallwass*) und jetzt die neue „Personal-Help-Show“ der Frauenärztin Dr. Verena Breitenbach. Trotzdem war Welke zuversichtlich und setzte auf die Macht der Quote: „Was wirklich schlecht ist, verschwindet auch wieder.“



Der Medienforscher Uli Gleich von der Universität Koblenz/Landau diagnostizierte eine Dominanz von Unterhaltungsangeboten im deutschen Fernsehen. Show, Quiz und Co. gehören – unabhängig von Geschlecht oder Milieu – zu den beliebtesten Sendeformen und nehmen weiter zu (siehe auch Graphik). Dagegen sinkt die Zahl der Informationsnutzer. Sein Fazit: „Unterhaltung wird im Verhältnis zum Angebot überproportional genutzt. Umgekehrt verhält es sich mit der Information.“ Gleich plädierte für eine Hinwendung zu einer zweidimensionalen Betrachtungsweise, nämlich einer Differenzierung aller Angebote nach den Kategorien langweilig bis sehr unterhaltsam sowie kaum bis sehr informativ. „Fernsehsendungen sind unterhaltsam, wenn sie einen Neuigkeitswert haben, als angenehm empfunden werden und mit den eigenen Normen übereinstimmen.“

## Magneten für schräge Vögel

Dagegen warnte der Geschäftsführer des Grimme-Instituts, Bernd Gäbler, vor einer Verwischung der Genre Grenzen: „Frontal 21 muss nicht affengeil

unterhaltend sein.“ Er übte Kritik an der eigenen Zunft der Medienkritiker, die Neues kritisieren, indem sie Altes hochhalten. „Wer Comedy mit den Maßstäben des Kabarets kritisiert, kann ihr nicht gerecht werden.“



Bernd Gäbler: „Frontal 21 muss nicht affengeil unterhaltend sein.“

Hart ins Gericht ging Gäbler mit den Unterhaltungsangeboten von ARD und ZDF. Sie würden neue Formate „verpennen“ und bieten ein „biederes Wohlfühlen in der Soße des Immergleichen“. Unterhaltung bei den Öffentlich-Rechtlichen drohe „zum Spar-

tenprogramm für Alte“ zu werden. Gute Unterhaltungsredakteure müssten ein „Näschen für die Szene“ haben und „Magneten für schräge Vögel“ sein.

In drei Arbeitskreisen stand die Sicht der Produzenten im Mittelpunkt des Interesses. Michael Zrenner (Bavaria Entertainment, produziert u.a. *Fliege*) sprach über die Lebenshilfe-Shows,

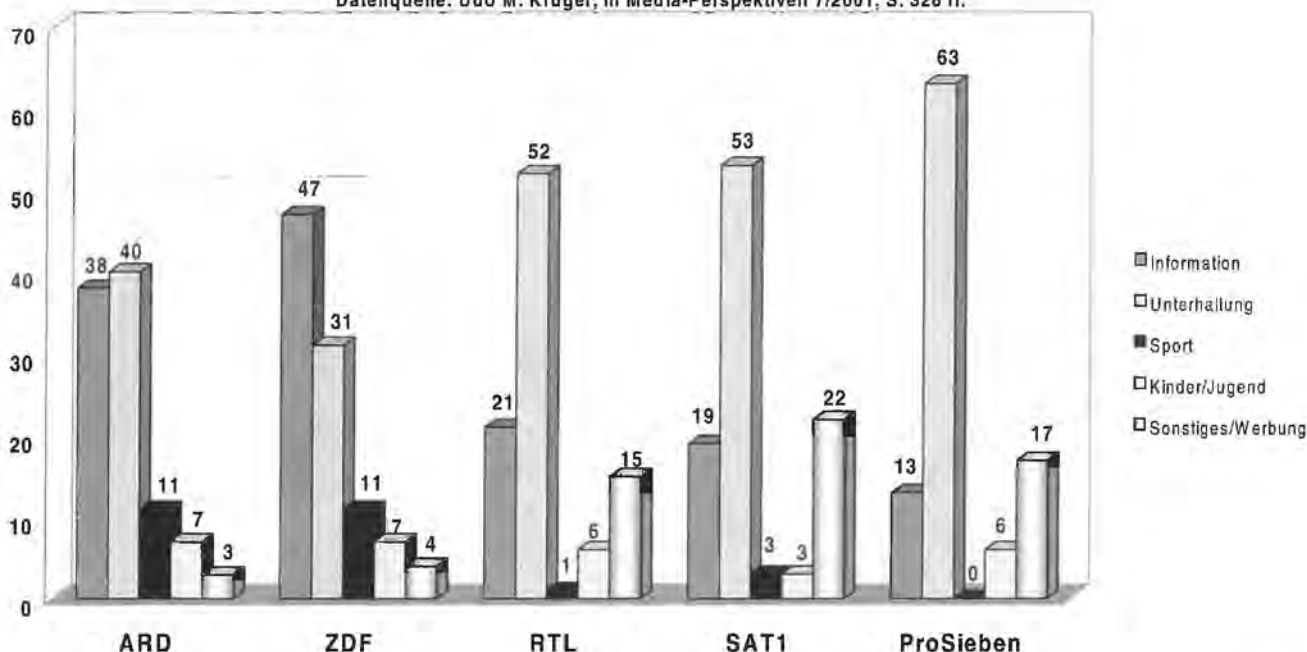


Ute Biernat: „Der ‚Retrotrend‘ ist ungebrochen.“ Fotos: Schröder

Ute Biernat (Grundy Light, u.a. Pila was ARD-Quiz) war Expertin für Quizshows und Jan Husmann (Brainpool, verantwortlich für *TV total*,

## Programmspartenprofile 2000

Sendezeitanteile in %, Basis Sendevolumen (ca. 1400 Stunden)  
Datenquelle: Udo M. Krüger, in Media-Perspektiven 7/2001, S. 326 ff.



Graphik: Schröder

*Ladykracher und Wochenshow*) informierte über Comedy. Biernat machte an alten und neuen Programmbeispielen deutlich, dass alles schon mal da gewesen war: von Heinz Maegerlein zu Hans Meiser. Der „Retrotrend“ ist ungebrochen.

Im Abschlusspodium verwies die Siegerin Medienpsychologin Angela Schorr auf eine „Spieler-Mentalität“ ohne langen Atem: es ginge nur um schnelles Geld und schnellen Erfolg. Was nicht sofort erfolgreich sei, werde wieder abgesetzt.

ARD-Programmdirektor Günter Struve wunderte sich über die harsche Kritik an den Öffentlich-Rechtlichen. Früher sei man wegen zuviel „Quatsch und Quark“ getadelt worden. Jetzt sei keine amerikanische Serie mehr im Programm und es komme trotzdem kein Lob. Er räumte ein: „Quatsch und Quark ohne Quote: das ist der GAU.“

Probleme sieht Struve in der föderalen Struktur der ARD mit ihren Koordinations- und Finanzierungsproblemen, die aufwändige Produktionen erschweren würde.

## „Ein Unterhaltungschef, der mit seinen Sendungen ins Feuilleton will, verursacht Herzstillstand!“

Günter Struve,  
ARD-Programmdirektor



Moderatorin Dorothee von Bose und ARD-Programmdirektor Günter Struve: „Quatsch und Quark ohne Quote: das ist der GAU.“

Biernat forderte mehr Mut zum Risiko bei den Anstalten und Gäbler beklagte, ARD und ZDF hätten mit zuviel Volksmusik den Bezug zur Gesellschaft verloren.

Struve konterte: „Die Intendanten der Landesrundfunkanstalten sagen immer: ‚Heimat und noch einmal Heimat. Davon kann man gar nicht genug haben.‘“

Ein Lob des Kritikers Gäbler gab es dann aber doch noch: für die Tendenzen zur Qualitätsverbesserung im Vorabendprogramm. Beispiel: *Berlin, Berlin*. ■

Michael Schröder

(siehe auch Pressestimmen S. 42)



Zeichnung: Mester



# Der im-perfekte Mensch

## Ethische Probleme der Biotechnologie

**K**aum ein anderer Forschungszweig prägt das Bewusstsein und das Bild vom Menschen zu Beginn des 21. Jahrhunderts so sehr wie die Bio- und Gentechnologie. Vor allem die Humangenetik ist geeignet, die menschliche Kultur von Grund auf zu revolutionieren. Doch mit dem neuen Wissen um die genetische Beschaffenheit des Menschen wächst auch die Ungewissheit, wie diese Informationen „verwaltet“ werden sollen. Wir sind heute gefordert, ethische Urteile über die Gewinnung, Nutzung und Veränderung genetischer Informationen zu fällen. Dabei wird die Beurteilungskompetenz von Laien mit komplizierten biotechnologischen und medizinischen Verfahren konfrontiert, die uns gleichermaßen betreffen wie überfordern.

### Blickwinkel erweitern

Reicht dabei eine schlichte Abwägung von Kosten und Nutzen, von Chancen und Risiken aus, um zu entscheiden, was zu tun ist? Katrin Grüber vom Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft in Berlin) fordert dazu auf, den Blickwinkel bei der Beurteilung bioethischer Fragen zu erweitern und ihn nicht monokausal und auf einzelne, gerade aktuelle Fragen zu verengen. Statt über ein sinnvolles Gesundheitssystem zu diskutieren, setzen wir unsere Hoffnungen derzeit in die Gentechnik und fördern damit die weitere Verengung, so Frau Grüber. Die weite Schere zwischen Diagnostizierbarkeit und Therapiemöglichkeiten werde dagegen öffentlich kaum wahrgenommen.

Dies gilt sicherlich auch für die schon heute praktizierten Methoden der Pränataldiagnostik (PND), die all zu oft von Routineuntersuchungen in einen Kreislauf der Tests, des Wartens und der Verunsicherung führen, meint Caren Walter, Sozialarbeiterin der Genetischen Beratungsstelle Freiburg. Der Druck auf Schwangere oder Paare mit Kinderwunsch, sich gegen ein krankes oder behindertes Kind zu entscheiden, sei heute schon enorm groß. Walter wies jedoch auch darauf hin, dass nur etwa zwei Prozent aller Krankheiten genetisch bedingt seien und auch die für sogenannte Risikopaare geforderte Präimplantationsdiagnostik (PID) – also die genetische

Untersuchung künstlich erzeugter Embryonen vor dem Transfer in die Gebärmutter – nur wenige der bekannten Probleme der gängigen vorgeburtlichen Diagnosemethoden aufgreifen könne. Bereits bei deren schleichen der Einführung hätten die mit ihnen verbundenen ethischen Probleme diskutiert werden müssen.



*Margarete Bause forderte ein „Recht auf Nichtwissen“*

### Wissenschaftliche Neugier oder wirtschaftliche Interessen?

Andere bezweifeln, dass es ausschließlich bioethische Fragen sind, die sich uns stellen.

Karl Heinz Brodbeck, Wirtschaftswissenschaftler in Schweinfurt, sieht den gesamten Komplex der Genforschung und Biotechnologie eher als ein wirt-

schaftsethisches Problem. Missliebige Forschungsergebnisse würden sanktioniert, notwendige Langzeitstudien behindert. Wichtig sei für die Mehrzahl der Unternehmen vor allem der kurzfristige Gewinn in einer kapitalmarktzentrierten Wirtschaft ohne Verantwortung für Inhalte. Brodbeck widerspricht jenen, die den Egoismus mit der Selbstbegrenzungskraft der Konkurrenz verteidigen und auf den notwendigen Ordnungsrahmen verweisen, wenn er von einer Globalisierung der ethischen Rahmenbedingungen spricht und einen „Wettbewerb nach unten“ befürchtet. Statt wissenschaftlicher Neugier sieht er wirtschaftliche Interessen wirken.

Die ethischen Aspekte dieses Interessenkonfliktes konnten die Teilnehmer mit Fachleuten aus Politik, Theologie, Philosophie und Industrie diskutieren und in einen größeren Zusammenhang stellen.

Margarete Bause, die bayerische Landesvorsitzende von Bündnis90/Die Grünen, hob dabei ebenfalls jene auf die Anwendung rückwirkenden ökonomischen Zwänge hervor. Sie forderte die personelle und institutionelle Trennung von Beratung und Diagnostik, um eine von finanziellen Anreizen freie Beratung zu sichern. Bezüglich der Diagnostik verlangte Bause ein

„Recht auf Nichtwissen“, um zu verhindern, dass Patienten gegen ihren Willen über mögliche Erkrankungsrisiken informiert werden. Die mit dieser Problematik verknüpfte Diskussion über langfristige Auswirkungen auf das Gesundheitswesen und unsere Haltung gegenüber Krankheit und Behinderung muss nach Vorstellungen der Politikerin offen geführt werden. Bause betonte die Aufgabe der Politik, eine verbindliche Rahmenordnung zu schaffen. Der Forschung müssen

zwar die erforderlichen Freiräume eingeräumt werden, zugleich müsse der politische Rahmen geeignet sein, aktuelle und potenzielle Mängel zu beseitigen. So soll eine tatsächlich unabhängige Forschung gesichert werden, die ein Gegengewicht zur anwendungsorientierten industriellen Forschung darstellen kann – eine auch von skeptischen Humangenetikern erhobene Forderung.

Wenig Einflussmöglichkeiten der Politik sieht hingegen der katholische Theologe Johannes Gründel, der die Auffassung vertrat, Ethos könne nicht durch Strafgesetze geschaffen werden



*Johannes Gründel: „Ethos kann nicht durch Strafgesetze geschaffen werden“*

und Ethik müsse umfassender sein als Straftatbestände. Bei den unumgänglichen Regulierungen habe sich die Politik um einen gesellschaftlichen und interkulturellen Konsens zu bemühen. Gründel plädierte für ein striktes Verbot der embryonenverbrauchenden Forschung, sowie des Klonierens von Menschen. Konkrete Erwartungen äußerte er an die Kirche: Auf jede Preisgabe des Schutzes menschlichen Lebens müsse unbedingt verzichtet werden, denn Menschenwürde komme bereits der befruchteten Eizelle zu, deren Schutz nach der erfolgten Einnistung dann noch auszuweiten sei.

Johanna Holldack, Vorstandsmitglied der MediGene AG, verdeutlichte die Vorzüge der industriellen Forschung am Beispiel der Bekämpfung von Tumorzellen durch gentechnologisch veränderte Viren. Sie wies darauf hin,

dass die lange Entwicklungsdauer vieler Medikamente die Orientierung an schnellen Gewinnen geradezu verhindere. Doch auch Holldack stimmte in einer persönlichen Bemerkung der Forderung zu, die industrielle anwendungsorientierte Forschung solle Beschränkungen akzeptieren bzw. sich solche selbst auferlegen. So sollten zwar therapeutische Ansätze für die Behandlung von Erkrankungen erlaubt sein, doch Projekte reproduktionsmedizinischer Art verboten bleiben.



*Nikolaus Knoepffler: Kosten-Nutzen-Abwägungen durch ein klares Konzept der Menschenwürde ergänzen*

Auch der Ethiker Nikolaus Knoepffler von der Friedrich-Schiller-Universität Jena hält es weder für wünschenswert noch zu erwarten, dass die Wirtschaft ihre eigenen Grundlagen und primären Zielsetzungen aufgebe. Kosten-Nutzen-Abwägungen seien jedoch durch ein klares Konzept der Menschenwürde, durch Solidarität zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft und durch das Prinzip der Subsidiarität zu ergänzen. Insbesondere mahnte Knoepffler zu einer größeren Konsequenz in der ethischen Argumentation, vor allem hinsichtlich der Argumentation über die embryonale Stammzellenforschung.

Deutlich wurde, dass der weite Bereich Bioethik aus einem Geflecht von Fragen und Problemen besteht, die nicht anhand einzelner Verfahren strikt getrennt diskutiert werden können. Dass uns diese Fragen und Probleme noch lange und intensiv beschäftigen werden, ist unbestritten. Dass Ethik gut daran täte, auf derartige Fragen vorbereitet zu sein, um die Entwicklung offensiv mitgestalten zu können, ebenso. Sie sollte jedoch auch gehört werden. ■

*Miriam Wolf / Alexander Schuhr*



*Zeichnung: Mester*



# Ethos oder Ellenbogen?

## Ethische Grundlagen und Erneuerungsbedarf der Sozialen Marktwirtschaft

**D**er Vorbildcharakter der Sozialen Marktwirtschaft ist verblasst. Deutschland sieht sich heute sogar einer „Schlusslicht-Debatte“ ausgesetzt. Sind die gegenwärtigen Probleme Folgen eines Abweichens vom Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend? Oder sind es neue Herausforderungen wie die Globalisierung und der internationale Systemwettbewerb, die eine Neustrukturierung der Ordnungspolitik und ein Zurückschneiden des Sozialstaats nötig machen? Droht die Ellbogengesellschaft? Unsere Tagung wollte den Erneuerungsbedarf der Sozialen Marktwirtschaft von verschiedenen Seiten ausloten. Wie muss Soziale Marktwirtschaft aussehen, wenn sie wieder ein dynamisches Vorbild sein soll? Dazu gehört auch die Klärung ihrer ethischen Grundlagen.

Ingo Pies (Universität Passau) betrachtete die Soziale Marktwirtschaft aus Sicht ihrer Gründungsväter. Wie Pies erläuterte, sei der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ erstmals 1946 in dem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ des Ökonomen Alfred Müller-Armack aufgetaucht, der sich wiederum auf die Klassiker ordnungspolitischen Denkens wie z. B. Walter Eucken oder Friedrich A. von Hayek berufe. Müller-Armack habe als einer der ersten erkannt, dass die Werte „individuelle Freiheit“ auf der einen Seite und „soziale Sicherheit“ sowie „soziale Gerechtigkeit“ auf der anderen Seite nur vermeintliche Widersprüche darstellten. Weder müsse der Staat sich aus allem heraushalten (wie die Vertreter des Altliberalismus geglaubt hatten) noch alles und jedes von oben verordnen wollen (wie die Anhänger des Sozialismus gedacht hatten). Vielmehr solle der Staat sich auf eine ordnungspolitische Rolle beschränken, indem er für die richtigen Rahmenbedingungen Sorge (Kompetenz statt Abstinenz).

Was Müller-Armack somit auf der konstitutionellen Ebene gelungen sei, so Pies weiter, das sei ihm allerdings auf der subkonstitutionellen Ebene misslungen. Die Gleichsetzung von Sozialpolitik mit Umverteilung biete keinen konstruktiven Ansatz für die Lösung gegenwärtiger Probleme (al-

len voran der Massenarbeitslosigkeit), weil sie den Eindruck suggeriere, der einen gesellschaftlichen Gruppe (in diesem Fall den Arbeitslosen) werde gegeben, was der anderen (in diesem Fall den Beschäftigten) weggenommen werde. Aus dieser „Rationalitätsfalle“ komme man nur heraus, wenn man Arbeitslosigkeit als kollektive Selbstschädigung der gesamten Bevölkerung begreife, an deren Beendigung alle ein gemeinsames Interesse hätten. Zu diesem Zweck müssten in erster Linie Fehlanreize beseitigt werden, die Arbeitslosen bei Arbeitsaufnahme mit Steuern und Abgaben derart belaste-



*Marktwirtschaft im Parteienstreit: v.l.: Irmgard Schwaetzer (FDP), Johannes Singhammer (CSU), Christine Scheel (B90/Die Grünen)*

ten, dass unterm Strich ein geringeres Nettoeinkommen für sie übrig bleibe.

Karl Homann (Universität München) beschäftigte sich anschließend mit den „ethischen Grundlagen der Marktwirtschaft“, über die vielfältige Missverständnisse herrschten. Am Beispiel gängiger Klischees versuchte er deutlich zu machen, wie Markt und Wettbewerb aus ethischer Sicht korrekt zu interpretieren sind (s. gekürzte Fassung auf Seite 15).

In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Parteien und Wissenschaftlern wurden der Erneuerungsbedarf und die -möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert:

Der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Johannes Singhammer, erläuterte das Konzept der Union für eine Neue Soziale Marktwirtschaft. Dieses fuße auf dem christlichen Menschenbild und räume der Person Vorrang vor der Institution und der freien Initiative Vorrang vor der staatlichen Direktive ein, erkenne aber auch das Recht der Bedürftigen auf Hilfe an. Dazu benötigten wir einerseits einen mitfühlenden, aktivierenden Sozialstaat, andererseits brauche die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland vor allen Dingen einen Modernisierungsschub, der in einer Entlastung von Steuern und Abgaben, von Bürokratie und Regulierungen sowie einem Abbau der Arbeitslosigkeit bestehen müsse. Besonders letzteres Ziel sei jedoch nur mit Hilfe von Wirtschaftswachstum zu erreichen und nicht allein (wie die Vorschläge der

Hartz-Kommission das nahe legten) über eine bessere Arbeitsvermittlung bzw. effizientere Organisation der Arbeitsverwaltung. Eine große Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft stelle zudem die demographische Lücke dar, die es jedoch nicht durch Zuwanderung von außen zu schließen gelte, sondern durch Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die hier Lebenden und eine stärkere Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt.

Mit Blick auf die globale Verantwortung Deutschlands und im Sinne des Prinzips der Nachhaltigkeit sprach sich die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Christine Scheel, für einen Umbau der Sozialen Marktwirtschaft hin zu einer Ökolo-

gischen Sozialen Marktwirtschaft aus. Ein erster Schritt in diese Richtung sei die Einführung der Ökosteuer gewesen. Wenngleich sich über deren Ausgestaltung, wie Scheel einräumte, im Einzelnen durchaus diskutieren lasse (Stichwort Sonderregelungen), so sei es durch Einbau einer ökologischen Komponente ins Steuer- und Abgabensystem dennoch gelungen, den fortgesetzten Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge in den 90er Jahren erstmals aufzuhalten und umzukehren. Scheel erinnerte daran, dass angesichts der objektiven finanziellen Gegebenheiten in Deutschland (hohe Staatsverschuldung, keine Haushaltsüberschüsse) jeder Neuerung von vornherein enge Grenzen gesetzt seien. So seien z.B. an sich wünschenswerte Steuer-senkungen nur über eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu finanzieren; jeder Vorstoß in diese Richtung führe jedoch erfahrungsgemäß zu einem kollektiven Aufschrei der jeweils Betroffenen. Grundsätzlich müsse man sich auch einmal überlegen, ob in manchen Bereichen (wie z. B. Familienpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau) nicht eine Förderung mittels Direktzulagen sinnvoller wäre als die heute bestehenden Regelungen übers Steuerrecht (Steuervergünstigungen).

Auf die Frage, ob die Soziale Marktwirtschaft möglicherweise als globales Vorbild dienen könnte, gab die FDP-Bundestagsabgeordnete, Irmgard Schwaetzer, eine doppelte Antwort. Die Soziale Marktwirtschaft nach deutschem Muster sei in all ihren Facetten und Einzelheiten mit Sicherheit *nicht* auf andere Länder übertragbar. Sehr wohl übertragbar sei aber das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, das auf den Grundsätzen Wettbewerb, individuellem Eigentum mit Sozialpflichtigkeit und Konsumentensouveränität beruhe. Der freie Wettbewerb mit all seinen Missbrauchsmöglichkeiten lasse sich allerdings nicht von oben durch eine Weltregierung zähmen, sondern eher durch Übereinkünfte auf

freiwilliger Basis. Solche Übereinkünfte (auf denen beispielsweise die Welthandelsorganisation WTO oder die Internationale Arbeitsorganisation ILO beruhten) hätten in der Vergangenheit auch die besseren Ergebnisse erbracht und seien daher das geeignetere Instrument, um mit den globalen Menschheitsproblemen wie Hunger und Armut fertig zu werden.

Auch Randolph Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, ging auf die Frage ein, ob die Soziale Marktwirtschaft globales Vorbild sein könne. Für ihre gegenwärtige, gleichsam denaturierte Form müsse man die Frage verneinen. Erst nach radikalen Reformen könne die Soziale Marktwirtschaft wieder ein Exportschlager werden, wobei bei der Übertragung auf andere Länder die jeweils vorhandenen Werte und Strukturen gründlich beachtet werden müssen.

Winfried Schlaffke, Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft und Präsident der Dortmunder International School of Management, stellte zusätzlich die von der Industrie und von Wirtschaftsverbänden getragene „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ vor, die einer breiteren Öffentlichkeit verdeutlichen will, wie man das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft an die neuen Herausforderungen der Globalisierung, der New Economy, der Wissensgesellschaft und des demografischen Wandels anpassen könne und müsse.

Karen Horn von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung bezeichnete sowohl diese von der Wirtschaft getragene Initiative als auch die von den Unionsparteien entwickelte Konzeption als Glücksfall, weil beide Ansätze das ordnungspolitische Denken in Deutschland wiederbelebten, das ziemlich unter die Räder gekommen sei. Sie vermerkte aber auch kritisch, dass beide Initiativen an der „Krankheit des Dritten Weges“ leiden, da sie das Verhältnis zwischen dem Sozialen und

dem Markt ungeklärt lassen. Das sei zwar politisch opportun, aber gleichzeitig verhängnisvoll, wie die bisherige sozialstaatliche Entwicklung lehre.

Norbert Reuter von der Technischen Hochschule Aachen setzte mit seiner anders gearteten Kritik vor allem an der These der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ an, der soziale Charakter der deutschen Wirtschaftsordnung habe sich zunehmend als Hemmnis für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung erwiesen. Er forderte eine Abkehr vom Denken in Wachstumsraten; stattdessen sollte man sich mit der Frage beschäftigen, wie sich die Probleme hochentwickelter Industriegesellschaften unter der Bedingung niedriger Wachstumsraten lösen lassen.

Henning Klodt vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel stellte die aktuelle Debatte über die Folgen der Globalisierung in den Kontext des Tagungsthemas. Die Kritik an der Globalisierung sei nämlich nur eine spezielle Form des so häufig anzutreffenden Misstrauens gegen den Markt. „Der Markt gilt als effizient, aber als kalt und herzlos“. Am Beispiel des Forderungskatalogs der ATTAC-Organisation machte Klodt deutlich, dass zwar richtige Fragen gestellt werden, dass die Antworten von ATTAC aber folgeschwere Irrtümer enthielten.

Im Schlussvortrag nahm Eberhard von Koerber, der Vizepräsident des Club of Rome, die aktuelle Vertrauenskrise, in die das privatwirtschaftliche Handeln durch die hemmungslose Bereicherung einiger Topmanager in den USA aber auch in Europa geraten sei, zum Anlass, für einen erweiterten Unternehmensbegriff zu werben. Dieser beinhalte anstelle kurzfristiger Gewinnmaximierung „eine ganzheitliche Verantwortung der Unternehmen“. Um dies zu realisieren bedürfe es natürlich eines geeigneten, internationalen Regelsetzungsprozesses, um den sich Unternehmen und politische Akteure in gleichem Maße bemühen müssten. Nur auf der Basis einer solchen Neubestimmung sei auch die nötige Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft möglich. ■

Peter Hampe / Heike Bartosch

(siehe auch Pressestimmen S. 42)

*Die Beiträge von Karen Horn, Henning Klodt, Eberhard von Koerber, Norbert Reuter, Randolph Rodenstock und Winfried Schlaffke sind im „Schnelldienst“ (Nr. 16/2002) des Münchner ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung abgedruckt worden und können dort über Frau Jennewein (089-92241333) zum Preis von 10,— Euro bezogen werden.)*



# Ethische Grundlagen der Marktwirtschaft

von Prof. Dr. Dr. Karl Homann, LMU München\*

**A**uch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus bleibt die Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung ethisch umstritten. Im folgenden gehe ich auf drei wichtige Kritikpunkte ein und versuche, die ihnen zugrunde liegenden theoretischen Schwierigkeiten aufzulösen:

1. **Markt und Wettbewerb führen zu einer Ellenbogengesellschaft.**
2. **Das Streben nach Vorteilen auf Märkten verdirbt die sittliche Substanz, indem der Egoismus gefördert wird.**
3. **Die Marktwirtschaft bringt nicht die verheißene Freiheit, sondern Druck und Zwang, insbesondere auf den Arbeitsmärkten.**

(1) Das Problem für die ethische Beurteilung der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb: Moralisch motivierte Vor- und Mehrleistungen einzelner (Unternehmen) sind unter Wettbewerbsbedingungen durch die Konkurrenz ausbeutbar. Solange Moral nicht vor Ausbeutung geschützt werden kann, ist sie im Normalbetrieb der Gesellschaft nicht zu realisieren.

Die Lösung dieses Problems bringt eine Unterscheidung zwischen Handlungen – sie betreffen Parameter, die der Einzelne selbst im Handeln kontrolliert – und Handlungsbedingungen – diese betreffen Parameter, die einen bedeutenden Einfluss auf das Handeln Einzelner haben, die der einzelne Akteur aber selbst nicht kontrolliert. In der Sprache des Sports gesagt: Man muss unterscheiden zwischen Spielzügen und Spielregeln. Mit Hilfe dieser Unterscheidung kann das Problem der Spannung zwischen Moral und Wettbewerb gelöst werden: Grundlegend und dominant werden moralische Belange durch die Spielregeln realisiert, wie die Fairness auf dem Fußballplatz durch die Spielregeln und den Schiedsrichter; der Wettbewerb, der so produktiv ist und für unseren Wohlstand verantwortlich zeichnet, findet in den Spielzügen statt.

\*(gekürzte Fassung)

Wenn die Moral in den Spielregeln realisiert wird, werden auch die Konkurrenten denselben moralischen Standards unterworfen wie alle anderen, so dass moralisches Verhalten vor Ausbeutung geschützt wird.



*Karl Homann: „Der Wohlstand aller im umfassenden Sinne des Wohlergehens aller hängt nicht vom Wohlwollen der Akteure ab.“*

Wer die Moral einer Marktwirtschaft beurteilen will, darf daher nicht in den unmittelbaren handlungsleitenden Motiven der Akteure – der Unternehmen, der Arbeitnehmer – suchen, er muss vielmehr auf die Rahmenordnung schauen, in der die sittliche Qualität der Marktwirtschaft liegt. Umgekehrt darf man moralische Übel, die es in dieser Welt zweifellos gibt, nicht auf unmoralische Motive der Akteure zuschreiben, sondern auf eine defizitäre Rahmenordnung, auf defizitäre und unzweckmäßige Spielregeln.

(2) Moral verlangt die Rücksicht auf das Wohl der anderen. Das wird in der modernen Marktwirtschaft nicht mehr durch die unmittelbar handlungsleitende Motivation der Akteure sichergestellt, sondern durch die Rahmenordnung, die das eigeninteressierte Handeln der Akteure in eine Richtung lenkt, die auch anderen Vorteile bringt. Die sittliche Beurteilung hängt somit an den Ergebnissen, die durch eine

klug geschnittene Rahmenordnung erzielt werden. In der Marktwirtschaft soll der Idee nach nur derjenige erfolgreich sein können, der anderen Menschen etwas zu bieten hat, was diese wünschen – in Form von guten, preiswerten, innovativen Produkten, in Form von Arbeitsplätzen und Abgaben etc. Der Wohlstand aller im umfassenden Sinne des Wohlergehens aller hängt nicht vom Wohlwollen der Akteure ab. Dies ist die große Einsicht von Adam Smith, dem Vater der modernen Marktwirtschaft: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Leben brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“

Die Demarkationslinie zwischen unsittlichem und sittlichem Handeln in der Marktwirtschaft ist damit nicht entlang der Unterscheidung von Egoismus und Altruismus zu ziehen. Sie liegt vielmehr zwischen einer Verfolgung der eigenen Interessen auf Kosten anderer und der Verfolgung eigener Interessen, bei der auch die anderen Vorteile haben.

Noch anders: Die ethische Auszeichnung der Marktwirtschaft mit Wettbewerb und individuellem Vorteilsstreben ist nicht in dem Nutzen begründet, den die handelnden Akteure bei der Verfolgung ihrer eigenen Interessen erzielen, sondern in dem Nutzen, den die anderen, die Allgemeinheit, aus diesem Vorteilsstreben Einzelner – unter einer geeigneten Rahmenordnung natürlich – erzielen.

Diese Vorteile für die Mitmenschen fallen nicht in Form einer „milden Gabe“ an, sondern über den ganz normalen Austauschprozess auf Märkten in Form von guten, preiswerten Produkten, von Steuern und Abgaben, von Arbeitsplätzen usw.

Insofern ist die Marktwirtschaft selbst – und nicht erst die Soziale Marktwirtschaft – bereits eine sittliche Veranstaltung. Dass empirische Marktwirtschaften hinter dieser Grundidee zurückbleiben, stellt kein Gegenargu-

ment gegen die Konzeption dar: Für die Politik folgt daraus, dass man bei Funktionsdefiziten der Marktwirtschaft, auch bei moralischen Defiziten, diese Marktwirtschaft verbessern – und nicht etwa weniger Marktwirtschaft machen – muss.

( 3 ) Was das Verhältnis von Marktwirtschaft und individueller Freiheit angeht, so haben wir auf Märkten immer beides zugleich: Freiheit und Zwang/Druck.

Auf derselben Marktseite, z.B. unter den Anbietern, haben wir Konkurrenzdruck. Diesen Konkurrenzdruck veranstalten wir deswegen, damit die Akteure auf der Marktgegensseite, hier also die Nachfrager, die freie Auswahl unter verschiedenen Anbietern haben. Auf den Arbeitsmärkten haben wir unter den Nachfragern Konkurrenzdruck, damit die Unternehmen auf der anderen Marktseite die freie Auswahl

**„Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Leben brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“**

*Adam Smith*

haben, wen sie einstellen. Durch Konkurrenzdruck auf derselben Marktseite erzeugen wir die Freiheit der Auswahl auf der Marktgegensseite. Dies ist das komplizierte Zusammenspiel von Druck und Freiheit auf Märkten. Dabei kann Freiheit nicht heißen, sich alle Optionen offen zu halten. Wer das tut, findet bald keine Interaktionspartner mehr, weil niemand bereit ist, mit ihm Geschäfte zu machen. Wenn ich mir die Option offen halte, Rechnungen nicht zu bezahlen, wird mir niemand mehr ein Auto verkaufen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Bürger nur dann bereit sein werden und können, den Weg in die forcierte Marktwirtschaft unter Globalisierungsbedingungen mitzugehen, wenn sie die Grundzüge des Systems der Marktwirtschaft und dessen ethische Qualität einsehen können. Aufklärung der Öffentlichkeit über diese grundlegenden Zusammenhänge ist eine Bringschuld der Wissenschaft. ■

## Studientag Politische Bildung



Mehr als 80 Teilnehmer aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion besuchten die Akademie zu einem „Studientag Politische Bildung“. Die Vertreter aus Wissenschaft und Verwaltung informierten sich über die Aufgaben der politischen Bildung in Bayern und der Akademie für Politische Bildung im besonderen. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem George C. Marshall Center statt.

*mp*

## Der Rechtsstaat im Kampf gegen Terrorismus



Der bayerische Innenminister, Dr. Günther Beckstein, war Gast in der Akademie und informierte die Teilnehmer über die bayerische Sicherheitspolitik nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001. Anlass war eine Fachtagung zum Thema „Überwachung überall? – Steht die Privatsphäre vor einer grundsätzlichen Neubewertung?“, die in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule München und in enger Kooperation mit mehreren Datenschutzbeauftragten der Länder durchgeführt wurde.

*mp*



## Reformpläne auf dem Prüfstand

**D**ie Diskussion um die Zukunft des Föderalismus hat in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Welche Varianten dieses staatlichen Organisationsprinzips gibt es? Welche Ausgestaltung hat es in der Bundesrepublik? Wie beeinflusst es die Entscheidungsfindung in einzelnen Politikfeldern und welche Überlegungen zu seiner Reform bestehen?

Diese Fragen wurden bei dem von Jürgen Weber (Akademie Tutzing) und Siegfried Münchenbach (Akademie Dillingen) geleiteten Fortbildungsseminar für Sozialkundeführer/-innen von verschiedenen Wissenschaftlern und Praktikern erörtert.



**James Davis** (Columbia University / Universität München) schilderte den Föderalismus in den USA. Hierbei beschrieb er vor allem dessen verfassungsrechtliche Grundlagen und verdeutlichte verschiedene Phasen des US-amerikanischen Föderalismus, die sich vor allem aus der sich wandelnden Rechtsprechung des Supreme Courts ergaben. Er hob besonders die Unterschiede zum bundesdeutschen Föderalismusmodell hervor.

Ein wesentliches Element der Ausgestaltung einer bundesstaatlichen Struktur sind die finanziellen Beziehungen der Länder untereinander sowie zum Gesamtstaat.

**Reinhold Sterzer** (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen) beschrieb das bundesdeutsche Modell des Länderfinanzausgleiches und die aktuellen Überlegungen zu dessen Reform.



**Peter Bussjäger** (Direktor des Instituts für Föderalismus, Innsbruck) beschrieb die historische Entwicklung des österreichischen Föderalismus und seine aktuelle Ausgestaltung. Er hob aber auch rechtliche

Strukturschwächen hervor, wie die relativ einfache Veränderbarkeit der Kompetenzverteilung durch den Nationalrat zugunsten des Bundes, sowie Mängel der Finanzverfassung und des Finanzausgleiches. Im Anschluss daran stellte er Reformbemühungen dar, die auf die Korrektur solcher Mängel gerichtet sind.



**Petra Zimmermann-Steinhart** (Universität Erlangen) behandelte Idee und Wirklichkeit des bundesdeutschen Föderalismus. Hierbei erläuterte sie die Funktionen des Föderalismus im Allgemeinen und einige idealtypischen Modelle seiner konkreten

Ausgestaltung. Anschließend thematisierte sie die grundlegenden Normen des Grundgesetzes, welche die bundesstaatliche Struktur Deutschlands betreffen. Sie diskutierte einige Aspekte der aktuellen Reformvorschläge.

Am Beispiel der Kultusministerkonferenz erläuterte **Ulrich Ossig** die Praxis des bundesdeutschen Föderalismus auf dem für die Länder zentralen Gebiet der Bildungs- und Schulpolitik.



Der bayerische Landtagsabgeordnete **Peter Welnhöfer** (CSU) referierte zur Frage, welche Reformmaßnahmen den bundesdeutschen Föderalismus revitalisieren könnten. Die vom Bayerischen Landtag eingesetzte Kommission, deren Vorsitzender er war, kam zum Ergebnis, dass vor allem die

Stärkung des Wettbewerbs zwischen den Bundesländern notwendig sei.

*Text und Fotos: Alexander Schuhr*

## Die personifizierte Synthese von politischer Wissenschaft und Bildung

Prominente Gratulanten würdigen den Wissenschaftler, politischen Erzieher und Publizisten

Tatkünftig, wertorientiert, vernunftgeleitet, aber auch leidenschaftlich. Diese herausragenden Eigenschaften – da waren sich alle Laudatoren einig – waren zugleich Voraussetzung wie Ergebnis des außergewöhnlichen Lebensweges und bisherigen Lebenswerkes von Heinrich Oberreuter. Ebenfalls einig waren sich die Redner in der Hoffnung, dass der Jubilar auch in Zukunft mit demselben Engagement und derselben ausgewogenen Sachkunde wie in den vergangenen Jahren die Politik in Bayern und in Deutschland kommentierend begleiten und den Bürgern verständlich nahe bringen möge.

**D**ie Zusammensetzung der zahlreich versammelten Prominenz sowie der Laudatoren, die gemeinsam mit der Akademie den 60. Geburtstag ihres Direktors feierten, spiegelte die große Bandbreite seines Wirkens wider.

Der „Doyen der Parlamentsforschung“, wie ihn die Zeitschrift „Das Parlament“ vor kurzem titulierte, so

sondern immer auch politischer Kommentator und politischer Erzieher. Schon allein deshalb war der Weg Oberreuters an die Spitze der Akademie vorgezeichnet, ja nahezu unausweichlich.

Auch der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Reinhold Bocklet, wies darauf

mokratietheoretische Verankerung immer wieder verdeutlicht zu haben, wertete Bocklet als eines der größten Verdienste Oberreuters.

Dass die Akademie und ihr Direktor auch mit der derzeitigen Opposition gut zusammenarbeite, betonte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget. Oberreuter, so Maget in einer Randbemerkung, scheue dabei durchaus auch vor schwierigen Aufgaben, wie der, in der Wahlkampfzentrale der Bundes-SPD „Kampa 02“ die bayerischen Verhältnisse zu erklären, nicht zurück. Dies sei ihm besonders hoch anzurechnen.



*Reinhold Bocklet (links) und Bernhard Vogel hoben die vielfältigen Verdienste des Jubilars Heinrich Oberreuter (rechts) in Wissenschaft, politischer Bildung und Publizistik hervor.*

der Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie, Prof. Hans Maier, war niemals nur ein herausragender Wissenschaftler, der einen neuen Stil praxisbezogener Forschung entwickelt habe,

hin, dass es immer das zentrale Anliegen seines Studienfreundes war, die „Wissenschaft in die Gesellschaft hinein zu transportieren“. Die zentrale Rolle des Parlaments und dessen de-



*Franz Maget würdigte die gute Zusammenarbeit mit der Opposition*  
*Fotos: mschw*

Oberreuters hervorragenden Ruf innerhalb der Universitätslandschaft, der auf seinen wissenschaftlichen Arbeiten wie seinen Fähigkeiten im Wissenschaftsmanagement gleichermaßen beruht, hoben der Prorektor der Universität Passau, Prof. Michael Schweitzer, und der Rektor der Technischen Universität Dresden, Prof. Achim Mehlhorn, hervor. Schweitzer äußerte dabei den Wunsch, dass der seit 1982 in Passau lehrende Politikwissenschaftler der Universität auch weiterhin erhalten bleiben möge.



Für Mehlhorn ist die Erfolgsgeschichte der TU Dresden mit dem Namen Oberreuter aufs engste verbunden. Ohne den Gründungsdekan zweier Fakultäten (1992/93), ohne seine „tak-



*Achim Mehlhorn: Erfolgsgeschichte der TU Dresden mit Oberreuter verbunden*



*Michael Schweitzer wünscht sich Oberreuter weiter in Passau*

tische Klugheit und seinen funktionalen Humor, mit dem er nicht selten das Haus überwältigt hat“, wäre die Entwicklung wohl anders verlaufen.

## Empfehlung als Mehrzweckwaffe

Die besten Glückwünsche seitens des Kollegiums übermittelte Jürgen Weber. Er würdigte dabei besonders die Verdienste Oberreuters um die mediale Aussenwirkung der Akademie und die Aktivität und den Ideenreichtum des Direktors. Als Beleg für die außergewöhnlichen prognostischen Fähigkeiten Oberreuters zitierte er aus einem Formular, das die Akademie Ende der achtziger Jahre an Gastreferenten verschickt hatte mit der Bitte, Themenschwerpunkte anzugeben.

Die Antwort des Professors O. aus Passau lautete: „Empfehle mich als Mehrzweckwaffe. Bin unterbeschäftigt und von der Akademie noch keineswegs in der Bandbreite meiner Möglichkeiten erschöpfend eingesetzt worden.“ Dies sollte sich wenige Jahre später grundlegend ändern.

## „Umtriebiger Dickschädel“

Die besonderen Verdienste Oberreuters um die innere Einheit Deutschlands und den Aufbau der jungen Länder hob der Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Bernhard Vogel, in seinem Festvortrag hervor. Dabei gestand er ein, dass es durchaus Zeiten gab, in denen er die sächsischen Nachbarn um ihren „umtriebigen Dickschädel“ (ehem. sächsischer Kultusminister Hans-Joachim Meyer) beneidet habe.



*Ex-Staatsministerin und Akademie-Kuratorin Ursula Männle schenkte Flüssiges*

Oberreuters Zuversicht sowie seinen Sinn für Gleichgewicht und Gerechtigkeit als Beispiel vor Augen, könne er, so Vogel, den vorherrschenden Pessimismus auch angesichts der Tatsache, dass so viel Anlass zu gegenseitiger Dankbarkeit gegeben sei, nicht nachvollziehen. Gerade die „Wessis“ sollten mehr beachten, dass die Bürger in den jungen Ländern in der Regel mehr und tiefer greifende Anstrengungen zur Modernisierung unternahmen als sie selbst.

Oberreuters Engagement und die Art und Weise, wie er in Sachsen auch zuweilen unangenehme Entscheidun-

gen vermittelt habe, hätten einen positiven Beitrag zum gegenseitigen Verständnis und für das Zusammenwachsen geleistet.

Abschließend sprach Vogel die Hoffnung aus, Oberreuter möge auch in Zukunft auf diesem Weg so entschlossen wie in den vergangenen zehn Jahren weiter voran schreiten.

## Herausforderungen immer gesucht

In seiner Erwiderung dankte der Akademiedirektor den Laudatoren und bemerkte augenzwinkernd, dass er sich in dem, was er gehört habe, partiell wieder erkenne. Er habe, so Oberreuter, Politik immer als praktische Wissenschaft verstanden. Sein Bestreben als Wissenschaftler sei es aber, wann immer er sich in die Öffentlichkeit begeben, eine objektive, wissenschaftlich fundierte Analyse abzugeben. Er gestand ein, dass er Herausforderungen immer auch gesucht habe. Der Aufbau der Politikwissenschaft in Passau, die Gründerzeit in Dresden, die Leitung der Akademie – all dies waren und sind Aufgaben, die ihn gereizt hätten und für die er sich voll und ganz eingesetzt habe. Bei all seinen Aktivitäten spielte die Poli-

tische Bildung immer eine zentrale Rolle. Oberreuters abschließende Erinnerung, dass der Geist der Politischen Bildung immer auch eines intakten und funktionierenden Gehäuses bedürfe, war nicht nur im übertragenen Sinne gemeint, sondern auch als Mahnung an alle politischen Entscheidungsträger gedacht, diese deutschlandweit einzigartige Institution zu erhalten und zu fördern. ■

*Manfred Schwarzmeier*

(siehe auch Pressestimmen S. 43)

# Mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes

## Erste Bayerisch-Amerikanische Landtagskonferenz

**S**enatoren und Abgeordnete aus neun US-amerikanischen Bundesstaaten trafen sich zum ersten Mal mit bayerischen Landtagskollegen zum Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Dabei stand neben den Themen „Subsidiarität und föderale Regierungsverantwortung“ sowie „Landespolitik im Zeitalter der Globalisierung“ auch die „Innere und äußere Sicherheit als Aufgabe von Ländern und Gemeinden“ auf dem Programm. Die Tagung, die vom US-Generalkonsulat, der Vereinigung Partnerschaft der Parlamente und der Akademie für Politische Bildung im Bayerischen Landtag veranstaltet wurde, demonstrierte eindrucksvoll, dass trotz aller Unterschiede der politischen Systeme bei Problemen und Lösungsansätzen die Gemeinsamkeiten durchaus überwiegen.

„Demokratien“, so Tagungsleiter Heinrich Oberreuter, „müssen ihre Leistungsfähigkeit beweisen, um Legitimität zu sichern!“. Dieser Grundsatz gelte für alle demokratischen Systeme. Da die Probleme in modernen Staaten überall gleich gelagert seien, biete der Meinungsaustausch über verschiedene Ansätze, mit diesen umzugehen, die Chance, voneinander zu lernen und bereits gemachte Fehler in Zukunft zu vermeiden. Schon allein diese Aussicht rechtfertige den Aufwand einer solchen Tagung, betonte der Akademiedirektor.

### Gleiche Probleme

Sehr schnell zeigte die Diskussion des ersten Themenkreises („Subsidiarität beginnt zuhause: Die zentralen Herausforderungen an Länderparlamente in föderalen Systemen“) denn auch, dass dies- wie jenseits des Atlantiks die Bundesstaats- bzw. Länderparlamente mit denselben Kernproblemen konfrontiert sind: Kompetenzverschiebung in Richtung Bundesebene bzw. für Bayern zusätzlich noch in Richtung EU-Ebene sowie die zunehmende Verschärfung der Finanzsituation. Die Zurückdrängung der wenig transparenten Mischfinanzierung zwi-



*Senatorin Gwendolynn Moore, Wisconsin; Tagungsleiter Heinrich Oberreuter: „No life without liberty!“*



*Valerie Ogden, Präsidentin des Abgeordnetenhauses des US-Bundesstaates Washington: „subsidiarity“ in den USA nahezu unbekannt*

schen Bund und Ländern sowie ein klarer Finanzaufbau seien daher vorrangige Ziele, wie Harald Güller, stellvertretender Vorsitzender der vor kurzem abgeschlossenen Enquete-

Landtagskommission zur Reform des Föderalismus, betonte. Für den CSU-Fraktionsvorsitzenden Alois Glück liegt im Konzept der Subsidiarität der Schlüssel zur erfolgreichen Reform des Föderalismus. Dafür seien allerdings, so gab Staatsminister Erwin Huber zu bedenken, klare Entscheidungs- und Kompetenzzuordnungen notwendige Voraussetzungen. Dass das Wort „subsidiarity“ in den USA nahezu unbekannt sei, machte Valerie Ogden, Präsidentin des Abgeordnetenhauses des Bundesstaates Washington, deutlich. Der Sache nach existieren aber ähnlich gelagerte Bestrebungen durchaus: So wurde mit dem „devolution process“ versucht, Kompetenzen wieder in die Einzelstaaten zurück zu holen. Auf die Frage, wie sich die Einflussnahme auf die nationale Ebene gestalte, hob sie den Zusammenschluss von Vertretern aus den Einzelstaatsparlamenten, die National Conference of State Legislators (NCSL), hervor. Diese Organisation dient unter anderem dazu, gemeinsame Positionen über Einzelstaatsgrenzen hinweg festzulegen und damit den Druck auf nationale Entscheidungsträger zu erhöhen. Dabei

bleibt jedoch zu beachten, dass die NCSL im Gegensatz zum Deutschen Bundesrat keine verpflichtende Beschlussfassungsgewalt besitzt. Kein Entscheidungsträger ist an die Empfehlungen der NCSL gebunden. Die Frage nach der „Landespolitik im Zeitalter der Globalisierung: Best Practices in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik“ bildete den zweiten thematischen Schwerpunkt. Dabei waren sich alle Diskutanten weitgehend einig, dass die Landesebene durchaus Einfluss auf die Ausgestaltung der Globalisierung habe. Die Beiträge der

►



Podiumsteilnehmer machten deutlich, dass gezielte Technologieförderung sowie die gezielte Förderung der Bereiche Bildung und Ausbildung für Bayern genauso zentral sind wie beispielsweise für Mississippi. „Im Hochlohnland“, so der Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion, Sepp Dürr, könne es nur den Weg des „nachhaltigen qualitativen Wachstums“ geben.

Wesley R. Belter, Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus von North Dakota, erwähnte anschließend die enormen und kostenintensiven Anstrengungen, die den Einzelstaaten von der Zentralregierung aufgebürdet wurden: Katastrophenschutz sowie Ausbau von Polizei und Feuerwehr. Ähnlich umfangreiche Maßnahmen seien auch in Bayern ergriffen worden, ergänzten

sei in Zeiten von Kriegen oder Krisen immer festzustellen gewesen. In diesem Punkt gelte es aber sehr wachsam zu sein, so die Senatorin, denn: „I have no life without my liberty!“



v.l.: Heinrich Oberreuter, Martin Werding (ifo Institut für Wirtschaftsforschung); SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget; Senator Paul Muegge, Oklahoma; GRÜNEN-Fraktionsvorsitzender Sepp Dürr

Und Hillman Frazier, Senator aus Mississippi, betonte, wie wichtig starke Strukturen im Bereich Spitzentechnologie, aber auch gerade beim Mittelstand seien. Gleichzeitig machte er jedoch auch deutlich, dass es nicht einfach sei, diese Strukturen auszubauen und neue Firmen hinzuzugewinnen, um den Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Eine Einschätzung, die der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget auch für den bayerischen Fall nur bestätigen konnte.

Die abschließende Gesprächsrunde beschäftigte sich mit dem Thema „Innere und äußere Sicherheit: Herausforderungen für Länder und Kommunen“. Diskussionsleiter Günther Schmid vom Bundesverteidigungsministerium analysierte zu Beginn die Auswirkungen des 11. Septembers auf die Gesellschaft der USA: Ende des Mythos der Unverwundbarkeit, Rückkehr des Staates auf allen Ebenen, Renaissance der Kultur der Freiwilligkeit sowie ein neuer Patriotismus.

der Landtagsabgeordnete Jürgen W. Heike und Wolf-Dieter Remmele vom Bayerischen Innenministerium.



Hillman Frazier: Probleme beim Ausbau der Strukturen

Fotos: AS/LJ

Sehr besorgt zeigte sich Senatorin Gwendolynn Moore aus Wisconsin über das Zurückdrängen der „civil liberties“ im Zuge der Sicherheitsgesetze. Eine derartige Entwicklung



Alois Glück: Subsidiarität der Schlüssel zur erfolgreichen Reform des Föderalismus



Staatsminister Erwin Huber: für gezielte Technologieförderung

Natürlich diene die Begegnung, wie Landtagspräsident Johann Böhm hervorhob, auch dazu, einen „Beitrag zur freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den USA und Deutschland zu leisten“. Dies sei angesichts der Irritationen, die momentan dieses Verhältnis beherrschten, besonders wichtig. Alle Beteiligten waren sich einig, dass das gegenseitige Verständnis durch das gemeinsame Gespräch sehr gefördert wurde. ■

Manfred Schwarzmeier  
Alexander Schuhr  
Lars Jürkel

(siehe auch Presseschau S. 43)

# Im Wunderland der Bürokraten

Informationsreise  
für Lokaljournalisten  
nach Brüssel

**B**rüssel und Europa sind für viele Menschen unendlich fern. Dabei greifen politische und ökonomische Entscheidungen auf der europäischen Ebene immer mehr ins alltägliche Leben gerade der Regionen ein. Im Vorfeld der Entscheidungen über eine Erweiterung der EU um weitere zehn Mitglieder veranstaltete die Akademie eine Informationsreise für Lokaljournalisten nach Brüssel. Bei politischen Gesprächen mit EU-Beamten und Europa-Korrespondenten wurde die zunehmende Bedeutung Brüssels für die Regionen deutlich. Besonders stark interessiert zeigten sich die Teilnehmer aus den Grenzgebieten zu Polen und Tschechien, die von der Erweiterung besonders betroffen sind. Unterstützt und finanziell gefördert wurde die Tagung vom Büro der Europäischen Kommission in München.



Informationen aus erster Hand beim täglichen Presse-Briefing der Sprecher der EU-Kommissare  
Fotos: ms

Das breite Themenspektrum der Gespräche und Diskussionen in Tutzing und Brüssel umfasste neben Fragen der Erweiterung auch und gerade die Problematik der Strukturfonds der EU. So sind derzeit die neuen Bundesländer Hochfördergebiete der ersten Kategorie. Das wird sich ändern, wenn noch strukturschwächere Regionen Polens oder der Slowakei in die EU kommen.

Zum Komplex der Erweiterung gehört auch die Reform der Institutionen, die trotz größerer Mitgliedszahlen arbeitsfähig bleiben müssen. Und ob die Diskussionen über die Grundrechte-Charta und eine europäische Verfassung im Konvent eine europäische Identität fördern, blieb eine der offenen Fragen des Seminars.

## Nachrichtenbörse

Für die Journalisten besonders interessant war die Teilnahme am Presse-Briefing der Sprecher der EU-Kommissare. Jeden Tag Punkt 12.00 Uhr versammeln sich mehrere Hundert der rund 900 akkreditierten Korrespondenten im engen Pressesaal der Kommission. Das Sprachengewirr ist vielfältig, in der Pressekonferenz wird englisch und französisch gesprochen, häufig auch gemischt. Überrascht hat der lockere Umgangston und das kollegiale Du zwischen Pressesprechern und Journalisten. Offenbar ist der tägliche Treff tatsächlich eine Nachrichtenbörse und dient dem Austausch und dem Gewinn von Informationen. Häufig sieht man Journalisten und Sprecher nach dem offiziellen Teil im vertraulichen Gespräch, bei dem besondere Fragen von nationalem oder regionalem Interesse diskutiert werden.

In der Bewertung des Programms waren sich alle teilnehmenden Journalisten einig, dass durch die persönlichen Begegnungen und Gespräche mit den Referenten in Brüssel ihnen das abstrakte „Wunderland der Bürokraten“ näher gekommen sei. Viele Vorurteile wurden abgebaut und in Zukunft wird manche Recherche über regionale Themen sicher auch die europäische Perspektive mit in den Blick nehmen. Schließlich kennt man ja die richtigen Informanten jetzt persönlich. Und das erleichtert Kontaktaufnahme und Informationsgewinnung bekanntlich doch erheblich. ■

Michael Schröder



Breites Themenspektrum: Vorträge und Diskussionen in den Konferenzräumen der EU-Kommission



# Neue Formen von Krieg

**D**er Krieg wurde seit Beginn der Geschichte immer wieder zur Durchsetzung politischer Ziele genutzt. Aber er nimmt im Lauf der Jahrhunderte immer wieder unterschiedliche Formen an. Seit Herausbildung des modernen Staatensystems wurde der Krieg mit seiner zwischenstaatlichen Form gleichgesetzt, welche ihren blutigen Höhepunkt in den beiden Weltkriegen des letzten Jahrhunderts fand. Um so gewöhnungsbedürftiger mag eine Perspektive sein, welche diese Variante des Krieges als eine historisch und geographisch begrenzte betrachtet und darauf hinweist, dass sich verstärkt eine neue Art des Krieges herausbildet. Diese neuen Kriege weichen von den bekannten insofern ab, als ihre Hauptakteure nicht unbedingt Staaten sind. Ihre Aktionen richten sich verstärkt gegen Zivilisten. Ihre Ziele weichen von den herkömmlichen ab und sie entziehen sich weitgehend einer politischen Kontrolle. In Kooperation mit den Landeszentralen für politische Bildungsarbeit in Bayern und Baden-Württemberg veranstaltete die Akademie eine Tagung, in der Experten diese Entwicklungen diskutierten.

Rüdiger Voigt von der Universität der Bundeswehr in München beschrieb zunächst das herkömmliche Verhältnis von Krieg und Staat. Voigt betonte, dass das staatliche Gewaltmonopol die wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung des modernen Staates



*Rüdiger Voigt definiert Krieg als gewaltsamen Massenkonflikt*

*Fotos: Schuhr*

war und dass es mittels eines stehenden Heeres durchzusetzen war. Der moderne Staat gründet also auf militärischer Notwendigkeit. Die Funktion des kriegführenden Souverän kam zunächst dem Monarchen zu, ging aber in Folge der Französischen Revolution auf den Nationalstaat über.

Die Verstaatlichung des Krieges wurde als zivilisatorischer Fortschritt gesehen. Im Verlauf der weiteren Entwicklung versuchte das Völkerrecht, die Kriegführung zu humanisieren. Die Haager Landkriegsordnung unterschied bewusst zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung.

## Was ist Krieg?

Gerade diese Eigenschaften treffen auf die „neue“ Form des Krieges nicht mehr zu. Voigt erklärte, der moderne Nationalstaat sei nicht mehr der wichtigste Akteur, da neben ihm verstärkt Akteure wie politische Bewegungen, halbstaatliche Organisationen, Netzwerke religiöser Fanatiker, Kriegerunternehmer mit ihren Söldnern und oft sogar Kriminelle treten. Um dennoch den Krieg gegen andere Formen der gewaltsamen Auseinandersetzung abzugrenzen, definiert Voigt den Krieg als gewaltsamen Massenkonflikt, der folgende Merkmale aufweist:

- An den Kämpfen sind zwei oder mehr bewaffnete Streitkräfte beteiligt, bei denen es sich mindestens auf einer Seite um reguläre Streitkräfte der Regierung handelt.
- Auf beiden Seiten muss ein Mindestmaß an zentral gelenkter Organisati-

on der Kriegführenden und des Kampfes gegeben sein.

- Die bewaffneten Operationen ereignen sich mit einer gewissen Kontinuität und nicht nur als gelegentliche spontane Zusammenstöße.

## 108 bewaffnete Konflikte

Auch Ulrich Schneckener von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin betonte, das sicherheitspolitische Hauptproblem seit den 1990er Jahren sei die massiv gestiegene Zahl an Bürgerkriegen mit einem hohen Anteil an „privatisierter“ Gewalt. Bei ihnen geht die Bedrohung nicht mehr allein oder in erster Linie von staatlichen Akteuren aus. So waren von den 108 bewaffneten Konflikten in den 1990er Jahren nur sieben zwischenstaatliche Konflikte. Bei den innerstaatlichen Konflikten bildete bei rund zwei Dritteln der Fälle die Zugehörigkeit zu einer ethno-nationalen Gruppe die primäre Konfliktlinie. Diese „neuen“ Kriege zeichnen sich vor allem durch eine hohe Zahl an zivilen Opfern aus.

Der Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols bringt es mit sich, dass zunehmend private Akteure schrittweise die staatlichen Funktionen okkupieren, bis es im Extremfall zum völligen Zerfall der öffentlichen Ordnung kommen kann (so in Afghanistan, Somalia, und Bosnien). Beim Zerfall können zunächst nur einzelne Dimensionen der Staatlichkeit betroffen sein, wobei der Wegfall einzelner die Gefährdung weiterer in sich birgt.

Bei den privaten Akteuren, die in diesen Fällen drohen, sich die Ausübung staatlicher Funktionen anzueignen und dem Staat zunehmend das Gewaltmonopol streitig machen, unterschied Schneckener vier Grundtypen:

- Rebellenbewegungen (Guerilla): sie praktizieren eine Form der Kriegführung, die darauf abzielt, Territorien zu erobern und zu kontrollieren. Sie verstehen sich als „künftige Armeen“ einer noch zu befreienden Nation und

ihr Ziel besteht in der Abtrennung eines Teils des Staatsgebietes oder im Umsturz einer bestehenden Regierung. Guerilla verfolgt politische Ziele.

- Terrororganisationen: sie verfechten eine Strategie der Kommunikation. Ihre Aktionen richten sich oftmals gegen Nicht-Kombattanten und zielen auf eine Änderung der bestehenden nationalen oder internationalen Ordnung.

- Kriegsherren (warlords) kontrollieren bestimmte Territorien und Ressourcen im Rahmen eines Bürgerkrieges und verfügen über eine private Armee bzw. Söldner. Oft werden auch Kindersoldaten eingesetzt. Sie etablieren quasi-staatliche Strukturen und ein lokal begrenztes, fragiles Gewaltmonopol.

- Formen der organisierten Kriminalität sind territorial ungebunden. Sie errichten nicht-territorial vernetzte Strukturen. Ihre Zielsetzung ist primär ökonomisch.

In der Realität kommen meist Mischformen der genannten vier Idealtypen vor.

Seit dem Golfkrieg und der Kosovo-Intervention der NATO stellt sich die Frage nach der Berechtigung der Friedenserzwingung durch militärische Mittel. Argumente für eine Intervention von außen sind zumeist humanitärer Natur. Voigt stellte fest, dass meist die Prinzipien der Humanität und der Neutralität angeführt werden, um die gewaltsame Intervention in einen Konflikt zu rechtfertigen. Es soll vor allem die Lage der von dem Konflikt betroffenen Zivilisten verbessert werden. Voigt stellte drei prinzipielle Einwände heraus, die gegen diese Argumentation angeführt werden. Es bestünde die Gefahr, dass die angeführten humanitären Ziele nur vorgeblicher Natur seien und in Wahrheit machtpolitische Interessen verfolgt werden. Auch könnten nicht alle Volksgruppen, die von solchen Konflikten bedroht werden, diese Form der Hilfe erfahren. Im Einzelfall erfolgt eine Auswahl, die einzelstaatlichen Interessen nachkommt. Bei der Wahl der Mittel zur Eindämmung solcher Konflikte sei das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten.

## Medienkritik

Diese Problematik wurde von Hajo Schmidt von der Fernuniversität Hagen am Beispiel der Kosovo-Intervention der NATO eingehender beleuchtet. Schmidt schilderte seine Beobachtungen der Berichterstattung der Medien in Bezug auf den Kosovo-Krieg.



*Hajo Schmidt: „Häufig unkritische Berichterstattung der Medien“*

Besonderes Augenmerk legte er auf die ethischen Argumente, mit denen die NATO ihren Kosovo-Einsatz rechtfertigte.

Seine medienkritische These: die Medien sind ihrer Informationsfunktion während des Krieges häufig nur unzureichend nachgekommen. So hätten zum Beispiel die Kriegsgründe und insbesondere die Interessen der einzelnen Akteure näher thematisiert werden müssen. Durch den Mangel an Kritik in der Berichterstattung agierte insbesondere die deutsche Regierung ohne mediale (wie auch ohne parlamentarische) Kontrolle. Schmidt warf die Frage auf, ob die öffentliche Wahrnehmung des Konfliktes in erster Linie eine Medienkonstruktion gewesen sei. Als Beleg nannte er die Aufwertung der UCK von einer Terror- zu einer Befreiungsorganisation. Auch sei die Machtasymmetrie der Protagonisten durch das Mediensystem in eine moralische Asymmetrie umgedeutet worden.

## Terrorismus als neuer Krieg

Der Terrorismus als aktuelle Form der „neuen“ Kriegführung ist die bevorzugte Gewaltstrategie relativ schwacher Gruppen. Sie zielen nicht nur auf Zerstörung, sondern auch auf eine

möglichst große psychologische Breitenwirkung. Terroristen wollen auch das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit der Gewährleistung von Sicherheit untergraben. Sie sind besonders schwer zu bekämpfen, da sie keinem bestimmten Staat zuzurechnen sind. Mit regulären Truppen sind gegen sie nur begrenzte Erfolge zu erzielen.

Die Terrorismus-Thematik vertiefte General a.D. Manfred Eisele. Er verwies auf das gesteigerte Zerstörungspotenzial des Terrorismus und betonte die zunehmende transnationale Vernetzung des Terrorismus. Andererseits sei eine abnehmende Tendenz der staatlichen Förderung von Terroristen zu beobachten. Eisele erläuterte Stra-



*Manfred Eisele beklagt Mängel bei der Terrorismusbekämpfung*

tegien der Terrorismusbekämpfung und deutete Mängel bei der gegenwärtigen Praxis an. So erwiesen sich die geltenden Nacheile-Regelungen innerhalb der EU als unzureichend. Ebenso sei Europol keine geeignete Institution zur Terrorbekämpfung.

Prinzipiell, so Eisele, erfordere effektive Terrorismusbekämpfung eine übergeordnete Koordination der Einzelakteure. Die von den USA praktizierte Bekämpfung in den Kategorien des Krieges und nicht in denen des Polizeieinsatzes sei allein nicht erfolgversprechend. Auch die in vergangenen Kriegen zunehmend in den Vordergrund gerückte Strategie der Kriegführung ohne eigene Opfer sei bei der Bekämpfung von Terroristen nicht aufrechtzuerhalten. Eisele plädierte für die Weiterentwicklung des Völkerrechts und die Verwirklichung des Internationalen Strafgerichtshofes. Sie könnten einen entscheidenden Beitrag zur Terrorbekämpfung leisten. ■

*Alexander Schuhr*



# Keine Chance für den Frieden

## Fehler bei der Konfliktregulierung des Nahost-Konflikts

**Die abstrakt erörterten Themen der Tagung wurden am Beispiel des Nahost-Konflikts deutlich und praxisnah diskutiert. Er ist nicht nur aktuell, sondern auch eine Auseinandersetzung, die sich nach einer Periode der scheinbaren Entspannung wieder in gewalttätigen Aktionen entlädt. Der Konflikt ist besonders schwer dauerhaft zu lösen.**

**M**uriel Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik hält ihn für einen Territorialkonflikt und nicht für einen religiösen. Dies gelte trotz der immer wieder auch religiösen Untermauerung der Ansprüche beider Seiten, die besonders von den extremistischen Kräften beider Seiten betont wird. Sie zeichnete den historischen Hintergrund des Konflikts nach. Im „Sechstage-Krieg“ von 1967 besetzte Israel die Westbank, Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen. Die Ergebnisse dieses Krieges erschweren bis heute eine Friedenslösung. Neben der territorialen Auseinandersetzung ist seitdem das Ziel der Palästinenser die Verwirklichung ihres Selbstbestimmungsrechts in einem unabhängigen Staat.

Nach Asseburgs Ansicht waren es in erster Linie die Veränderungen im internationalen Umfeld, die die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch brachten: das Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion oder der Zweite Golfkrieg.

Für die PLO entstanden massive finanzielle Belastungen und sie manövrierte sich in die politische Isolation. Andererseits relativierte sich die Rolle Israels als einziger zuverlässiger Partner des Westens im Nahen Osten. Auch entfiel für die Konfliktparteien die Möglichkeit, im Rahmen der Ost-West-Konfrontation die Unterstützung einer der Supermächte für ihre jeweils eigenen Interessen zu er-

werben. Erst unter diesen Rahmenbedingungen konnte unter amerikanischer Führung die Nahost-Konferenz in Madrid 1991 zustande kommen, die in den Oslo-Friedensprozess mündete.

Im Sommer 1993 wurde in Oslo kein Friedensvertrag geschlossen. Vielmehr erreichte man statt einer endgültigen Konfliktlösung lediglich eine Übereinkunft zur gemeinsamen friedlichen Konfliktregulierung. Hierbei wurde die Errichtung der palästinensischen Autonomiebehörde vereinbart, die im Gaza-Streifen und der Westbank Selbstverwaltungsaufgaben übernehmen sollte. Auch ein stufenweiser Abzug der israelischen Armee



*Muriel Asseburg: Friedensprozess ohne Kompromissbereitschaft nicht möglich*

- in anderen Gebieten eine Umgruppierung israelischer Truppen - war vorgesehen. Ebenso waren diverse vertrauensbildende Maßnahmen vereinbart. Dagegen wurde die Behandlung der zentralen Konfliktdimensionen, wie unvereinbare Ansichten über

- die Grenzen eines palästinensischen Staates
- die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten
- die Kontrolle über Jerusalem und
- das Rückkehrrecht der Flüchtlinge

auf später verschoben.

Gerade hierin liegt nach Asseburg eine wesentliche Ursache für das Scheitern des Friedensprozesses. Als unmittelbarer Auslöser der zweiten Intifada ist der Besuch des Likud-Vorsitzenden und damaligen Oppositionsführers Ariel Scharon auf dem Tempelberg am 28. September 2000 zu sehen, sowie die gewaltsame Unterdrückung der sich daran anschließenden palästinensischen Demonstrationen. In diesen und in den darauf folgenden Unruhen entlud sich die Frustration der palästinensischen Bevölkerung über den Friedensprozess, der seit fünf Jahren keine bedeutenden Fortschritte mehr aufwies. Ebenso trug die palästinensische Enttäuschung über die erst kurz zuvor gescheiterten Verhandlungen von Camp David zur Steigerung der Frustration bei. In diesen hatte sich die israelische Regierung unter Ehud Barak zu so weitgehenden Kompromissen (Errichtung eines palästinensischen Staates, Teilung Jerusalems) bereit erklärt wie niemals zuvor. Zugleich erklärte sie, dies sei das umfassendste Angebot, dass man den Palästinensern machen würde. Für Yassir Arafat erschien das nicht akzeptabel.

Die mangelnde eigene Bereitschaft zur Aufnahme des Friedensprozesses sieht die Konfliktforscherin als zentrale Ursachen der zweiten Intifada. Noch bedeutender für das Scheitern des Friedensprozesses sind die Mängel des prozessorientierten Ansatzes. Da die Hauptprobleme zunächst ausgeklammert und auf spätere Verhandlungen vertagt wurden, war es für beide Seiten sinnvoll, sich Rückfallpositionen für deren Scheitern offen zuhalten. Sie wollten ihre Verhandlungspositionen ausbauen, statt vertrauensbildende Maßnahmen in den Vordergrund zu rücken. Die Vertagung der Verhandlungen über die Kernprobleme des Konfliktes brachte es mit sich, dass von beiden Parteien versäumt wurde, ihre Völker auf die erforderlichen Kompromisse vorzubereiten, die einer Konfliktlösung den Weg ebnen würden. ■ as

## Politische Bildung für die Multiplikatoren von morgen

### Auf der Suche nach einer friedlichen Zukunft der Völker im Nahen Osten

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr fand das Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik statt. Dass sich das Angebot *nicht* an Erwachsene richtet, sondern an Schulklassen der Oberstufe, hat folgenden Grund: Sind unter den Schülern von heute doch auch die Multiplikatoren der politischen Bildung von morgen, wie Tagungsleiter Manfred Schwarzmeier feststellte. Thema des Forums war erneut der Nahost-Konflikt.

**W**oche für Woche erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus dem „Heiligen Land“. Wieso gelingt es Juden und Palästinensern in Israel nicht endlich, das Blutvergießen zu beenden? Warum ist es so schwierig, Toleranz innerhalb und zwischen Gesellschaften zu üben? Was genau steht einer friedlichen Konfliktlösung im Weg? Ein anspruchsvolles Programm, das sich die Klasse 11d des Gymnasiums Donauwörth und der Leistungskurs Sozialkunde/Geschichte des Gymnasiums Geretsried vorgenommen hatten.

Schülerforum - das ist kein Politikunterricht im herkömmlichen Sinn. Im Gegenteil: Die 31 Schülerinnen und Schüler sowie ihre beiden Lehrkräfte durften drei Tage lang Schulalltag und Notenstress einmal getrost hinter sich lassen. In ungezwungener Atmosphäre und ohne erhobenen Zeigefinger sollten die Hintergründe des Nahost-Konflikts transparent gemacht werden. Das Konzept sah außerdem vor, dass die Schüler im Sinne eines handlungsorientierten Unterrichts dabei soweit wie möglich selbst aktiv werden.

### Wegmarken des Konflikts

Ganz ohne Zuhören ging es freilich doch nicht. Zunächst einmal mussten die Voraussetzungen für einen differenzierten Umgang mit dem gewiss nicht leichten Thema geschaffen werden. So stellte Tagungsleiterin Miriam Wolf zu Beginn die wichtigsten Informationsquellen in Sachen Nahost-Konflikt vor. Im Anschluss daran skizzierte der jüdische (in den USA geborene) Historiker Michael Ingber an-

schaulich die wichtigsten Wegmarken in der langen Geschichte des Nahost-Konflikts, dessen Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert (und weiter) zurückreichen.

Zur Einstimmung in das Thema wurde auch ein Film gezeigt, der die Auswirkungen des Konflikts auf das alltägliche Leben von palästinensischen und jüdischen Jugendlichen eindringlich vor Augen führte.

Die nächsten eineinhalb Tage standen ganz im Zeichen der Gruppenarbeit. Aufgabe der sechs



Ausgewiesene Experten als Gesprächspartner: Michael Ingber, Judith Bernstein und Afif Semaan (v.l.)  
Fotos: Bartosch

Arbeitsgruppen war es, wesentliche Aspekte des Nahost-Konflikts (Bevölkerung, Politische Parteien/Gruppen, Jerusalem, Wirtschaft, Politische Dimension, Außenpolitik) weitgehend selbstständig zu erarbeiten, wobei sie auf das umfangreiche Informationsangebot der Akademie mit Bibliothek und Internet zurückgreifen konnten. Dank gebührt Michael Ingber und dem

Palästinenser Afif Semaan von der in München ansässigen Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe, die sich freundlicherweise als persönliche Ansprechpartner für die Arbeitsgruppen zur Verfügung stellten.

Zwischendurch sorgte eine Podiumsdiskussion für den Ausgleich zur Gruppenarbeit. Die Vorgabe lautete: „Shalom und Salaam heißen Friede. Auf der Suche nach einer friedlichen Zukunft der Völker im Nahen Osten“.



Drei Tage ohne Schulstress und Notendruck: die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Schülerforums „Aktuelle Politik“

Unter den Diskussionspartnern waren mit Ingber und Semaan zwei schon vertraute Gesichter; neu hinzu kam (für die jüdische Seite) Judith Bernstein, die wie Semaan Mitglied der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe ist.

### Distanzierung von Gewalt

Afif Semaan wies auf die zahlreichen Einschränkungen und Repressalien hin, denen die Palästinenser in Israel und in den besetzten Gebieten seit Jahrzehnten ausgesetzt seien. Bei der Suche nach einer friedlichen Lösung sah er in erster Linie die israelische Regierung in der Pflicht, da diese das Sagen in Israel und in den besetzten



Gebieten habe. Den Palästinensern ihrerseits seien auf der politischen Ebene die Hände weitgehend gebunden. Semaan distanzierte sich klar von gewaltsamen palästinensischen Aktionen, wies jedoch ebenso entschieden die pauschale Kritik an der Person Jassir Arafats zurück. Das vom damaligen US-Präsidenten Bill Clinton und

Michael Ingber wollte nicht widersprechen, sprach sich jedoch für die umgekehrte Reihenfolge aus. Bevor es zu einer Annäherung beider Seiten kommen könne, müsse erst einmal eine politische Lösung her, die den Interessen beider Seiten gerecht werde. Dieser politischen Lösung stehe jedoch zum einen die Ausrichtung der

Fragen an die Diskussionsteilnehmer zu richten, wovon sie auch regen Gebrauch machten.

Mit den Eindrücken aus der Podiumsdiskussion ging es am nächsten Tag in die abschließende Präsentation, in deren Rahmen die Ergebnisse der Gruppenarbeit im Plenum vorgestellt



*Kein Politikunterricht im herkömmlichen Sinn: Schülerinnen und Schüler bei der Präsentation ihrer Arbeitsgruppenergebnisse*

dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak in Camp David vorgelegte Angebot, das der Vorsitzende der palästinensischen Autonomiebehörde seinerzeit ausgeschlagen hatte, sei für die überwältigende Mehrheit der Palästinenser völlig unannehmbar gewesen, war sich Semaan sicher.

## Frühzeitige Koexistenz-Erziehung

Judith Bernstein war grundsätzlich skeptisch, was eine politische Lösung im Nahen Osten angeht. Stattdessen setzte sie bei der Lösung des Nahost-Konflikts vor allem auf Dialog. Bevor beide Seiten sich politisch einigen könnten, müssten sie sich erst einmal gegenseitig kennen lernen. Erst aus der persönlichen Begegnung erwachsen gegenseitiger Respekt und Verständnis für die jeweils andere Seite, welche wiederum Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander seien. Ignoranz, Respektlosigkeit, systematische Erniedrigung und diskriminierendes Verhalten führten hingegen in eine Sackgasse. Um das zu verhindern, tue eine frühzeitige Koexistenz-Erziehung not.

israelischen Politik (nicht erst seit der Regierung Scharon), zum anderen der bei vielen jüdischen Israelis anzutreffende Bewusstseinszustand im Wege. Deren Denken sei nämlich nach wie vor von der Katastrophe des Holocaust bestimmt. Die Lehre aus dem Holocaust laute für viele: Nie wieder Opfer sein! In palästinensischen Selbstmordanschlägen sähen die meisten einen direkten Angriff auf das Existenzrecht Israels. Wie tief die Angst vor solchen Selbstmordanschlägen sitzt, machte Ingber am Beispiel seiner eigenen Tochter deutlich. Diese habe sich einmal seiner Aufforderung, doch ausnahmsweise den Linienbus zu nehmen, erfolgreich mit den Worten widersetzt, ob ihr Vater denn ernsthaft wolle, dass sie in die Luft gesprengt werde.

Auch wenn die Diskutanten sich erwartungsgemäß nicht auf eine einheitliche Linie verständigen konnten, auf welchem Weg der Friede im Nahen Osten am besten zu erreichen sei - Sinn und Zweck der Podiumsdiskussion bestand auch darin, den Schülern die Begegnung mit unmittelbar vom Nahost-Konflikt Betroffenen zu ermöglichen. Sie hatten Gelegenheit,

wurden. Zu diesem Zweck hatten die Arbeitsgruppen Thesenpapiere erstellt, auf denen die wichtigsten Punkte zusammengefasst waren. Der optischen Visualisierung des Gesagten dienten aufwändig gestaltete Wandtafeln. Dass sich bei der Komplexität des Themas die eine oder andere Ungenauigkeit einschlich, war nicht weiter schlimm, waren mit Ingber und Semaan doch zwei ausgewiesene Nahost-Experten für etwaige Korrekturen und Ergänzungen zur Stelle. Es war schon bemerkenswert, wieviel die Schüler in so kurzer Zeit herausgefunden hatten. Michael Ingber sparte am Ende denn auch nicht mit Lob. „Sie wissen jetzt vermutlich mehr über den Nahost-Konflikt als 95 Prozent der Menschen in Europa“, so seine Einschätzung.

Sichtlich zufrieden mit dem Ablauf und Ergebnis der dreitägigen Veranstaltung zeigten sich auch Schüler und Lehrer. Die Tagung hat noch einen erfreulichen Nebeneffekt: Die Wandtafeln werden im Rahmen von Ausstellungen der teilnehmenden Schulen wohl erneut zum Einsatz kommen. ■

*Heike Bartosch*

(siehe auch Pressestimmen S. 41)

## Koran, Kopftuch und deutsche Cliques

Normen und Wirklichkeit - Als Muslima in Deutschland

**D**ie Lebenssituation muslimischer Frauen war unter anderem Thema einer Ethik-Tagung unter der Leitung von Miriam Wolf und Jürgen Weber. Dabei ging es um die Normen und Lebenswirklichkeit von Frauen in islamischen Ländern und um die Probleme muslimischer Frauen in Deutschland.

Christine Hartmann vom Katholischen Deutschen Frauenbund (KDF) beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit der Rolle der Frau im Islam. Während ihres einjährigen Studienaufenthaltes in Syrien konnte sie die Lebenswirklichkeit der Frauen hautnah miterleben.

Die Normen und Rechte muslimischer Frauen basieren teilweise auf der Scharia, einer auf den Koran und der Prophetentradition gestützten Rechtsordnung. Hartmann stellte einige Suren des Korans im Hinblick auf Kleidung und Kopftuch vor. So heißt es: „Sage Prophet deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, dass sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen.“ (33,60). Weiter steht in der selben Sure: „Wenn ihr etwas Notwendiges von den Frauen des Propheten zu fordern (sie um etwas zu bitten) habt, so fordert es hinter einem Vorhang, dies trägt zur Reinheit eurer und ihrer Herzen wesentlich bei.“ (54). Der Vorhang (Schleier), der hier Männer und Frauen voneinander trennt, wird in der Öffentlichkeit als ein Schleier verstanden, der über die Gestalt der Frau gezogen wird. Es wird aber nicht eindeutig festgelegt, wie dies zu machen ist. Die Scharia schreibt vor, dass der ganze Körper und die Haare mit einem Tuch bedeckt sein müssen, doch jedes Land interpretiert dies anders. In Westafrika ist der Schleier gänzlich unbekannt, aus Afghanistan kennen wir die Burka, die extreme Form des Schleiers, bei der sogar die Augen durch ein Sehgitter bedeckt werden. Viele muslimische Frauen benutzen den Schleier heute, um sich deutlich mit ihrer Religion zu identifizieren. Türkische Studentinnen prote-

stieren sogar gegen das Gesetz Kemal Atas Türks von 1923, welches das Tragen von Kopftüchern verbietet.



*Christine Hartmann: Die soziale Herkunft der Frauen ist wichtig*

### Eherecht des Islam

Im September 2000 wurde in Ägypten ein neues Familienrecht eingeführt, nach dem die Frauen erstmals von sich aus die Scheidung einreichen dürfen. Nachteile ergeben sich aber auch hier. Die geschiedenen Ehefrauen müssen die vor der Hochzeit erhaltene Brautgabe, die „mahr“, zurückzahlen und auf jegliche Ansprüche an den Ehemann verzichten. Früher bestand die einzige Möglichkeit der Ägypterin selbst die Scheidung einzureichen darin, nachzuweisen, dass der Mann seiner Fürsorgepflicht nicht nachkam. Dazu zählten auch Abtrünnigkeit vom Glauben oder Impotenz. Die alte Regel, dass ein scheidungswilliger Mann dreimal zu seiner Frau „Ich verstoße dich“ sagen musste, und die Scheidung damit vollzogen war, ist in den meisten arabischen Ländern schon lange nicht mehr rechtsgültig. Das Ehepaar muss heute vor Gericht.

Im Falle einer Scheidung des Mannes von seiner Frau sieht der Koran Unterhaltsleistungen des Gatten vor.

### Reform-Scharia

Die Lebenswirklichkeit der islamischen Frauen ist abhängig von verschiedenen Faktoren: In welcher Weise legen die Rechtsgelehrten die Scharia aus und bestimmen damit die Freiheiten der Frauen? Und um welches islamische Land handelt es sich? Der Emanzipationsprozess kann sich zum Beispiel in einer modernistischen Türkei deutlich besser durchsetzen als in einem militant-fundamentalistischen Afghanistan. Diese Länder haben größtenteils noch den Koran als Grundlage für ihre geltenden Gesetze. Sie setzen diese auch mit Gewalt durch, wie das Tragen des Gesichtschleiers bei Frauen. Doch hat sich in der islamischen Welt eine reformierte Scharia verbreitet, die den Frauen mehr Rechte einräumt. Eine große Rolle im Emanzipationsprozess spielt auch, aus welcher sozialen Schicht die Muslima kommt. Wohlhabenden, in der Stadt lebenden Frauen werden von Seiten des Ehemanns mehr Rechte anerkannt als Frauen in ländlichen, ärmlichen und traditionell-konservativen Gebieten.

Um die Stellung der Frau im Islam weiterhin zu verbessern, hält Christine Hartmann einen Wandel vom patriarchalen zum demokratischen Prinzip, also das Errichten einer Zivilgesellschaft, für unbedingt nötig. Viele Probleme ergeben sich aus dem Brauchtum, aus archaischen Strukturen und der Auslegung der Scharia und haben mit dem Islam als Religion nichts zu tun. Grausame Traditionen, wie zum Beispiel die Beschneidung von Mädchen, werden religiös begründet, haben im Koran jedoch - nach Ansicht der Islamwissenschaftlerin - keinerlei Halt. Als wichtig empfindet Hartmann auch die zahlreichen Frauenbewegungen in islamischen Län-



dern, die sich für die sozialen Belange der Frauen einsetzen und in Bereichen der Politik und Aufklärung aktiv sind.

## Oberpfälzer Türkin

Mit der Lebenssituation der Muslime in Deutschland eng verbunden ist Reyhan Kulac. Sie ist in Deutschland aufgewachsen, stammt aber aus der Türkei. Kulac gibt bei der Arbeiter-

**„Wir schreiben den Eltern nichts vor, versuchen aber, ihnen westliche Denkweisen näher zu bringen. An erster Stelle steht das Wohl des Kindes.“**

*Reyhan Kulac*

wohlfahrt in München Lebensberatung für Migranten. Bereits im Vorschulalter kam sie nach Deutschland. „Wir waren die einzige muslimische Familie in unserem Dorf, da hatte man einfach einen deutschen Freundeskreis“, sagt Kulac. Sie fügt aber hin-

zu, dass sie jetzt eher mit Muslimen befreundet sei. Als streng religiös bezeichnet sie sich nicht, doch bestimmte Gebräuche und Sitten, wie traditionel-



*Reyhan Kulac betreut Migrantinnen und betont die Bedeutung der Sprache für Integration*

*Fotos: Klugmann*

le Tänze, sind auch für sie von zunehmender Bedeutung. Damit repräsentiert sie eine der vielen modernen muslimischen jungen Frauen in Deutschland. 2,1 Millionen Muslime leben derzeit in der Bundesrepublik, ein Viertel von ihnen ist unter 30. In ihr

Büro kommen Migranten oder bereits in Deutschland lebende Muslime, für die Kulac eine hilfreiche Anlaufstelle ist. Sprachkurse hält sie für unbedingt nötig. Kenntnisse in der deutschen Sprache würden im Integrationsprozess aber nicht ausreichen, weitere Maßnahmen müssten ergriffen werden.

Einzelschicksale berühren sie auch nach einigen Jahren Arbeit immer noch sehr. Wie zum Beispiel das junge Mädchen, das in die Türkei verheiratet werden soll. „Wir schreiben den Eltern nichts vor“, meint Kulac, „versuchen aber, ihnen westliche Denkweisen näher zu bringen. An erster Stelle steht das Wohl des Kindes.“

In die Türkei fährt Kulac öfter, schon allein um sich mit der Geschichte ihrer Familie auseinander zu setzen, die am Schwarzen Meer zu Hause ist. Leben aber möchte sie in Deutschland. „Die sollen hier einfach die westliche Brille ablegen, die teilweise sogar ich noch auf habe“, sagt sie und lacht. „Und oberpfälzisch kann ich übrigens auch!“ ■

*Katharina Klugmann*



*Zeichnung: Mester*

## Nicht anfällig für Islamismus und Terrorismus

„Im Fadenkreuz der Terroristen“ hieß die Tagung, die sich mit der Reaktion des Rechtsstaats auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus befasste (siehe Akademie-Report 3-02). Im Gefolge des 11. September 2001 sind häufig – auch hierzulande – Muslime unter Generalverdacht geraten, mit den islamistischen Terroristen zumindest zu sympathisieren. Grund genug also, sich einmal empirisch mit den Einstellungen und dem Denken der Türken, der größten muslimischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland, zu beschäftigen.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf von der Konrad-Adenauer-Stiftung stellte eine Studie vor, welche erstmals die individuellen Perspektiven und Problemlagen der türkischstämmigen Bevölkerung in der Bundesrepublik untersucht. Geht man davon aus, dass eine Unzufriedenheit mit der eigenen Lage zur Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut führt, so kann die Beurteilung der persönlichen Lebenssituation bei den befragten Personen als ein Indikator für das Anhängerpotenzial islamistischer Ideologien in Deutschland betrachtet werden.

Für die hierzulande lebenden Türken gilt jedoch, dass diese ihre individuelle Situation überwiegend optimistisch einschätzen. Insbesondere gilt dies für die türkischstämmigen Bürger deutscher Staatsangehörigkeit.

Auch ergab die Studie eine überraschend positive Zukunftserwartung, sowohl was die eigenen, als auch was die Zukunft der Kinder der Befragten betrifft. Die Ergebnisse entsprechen hier annähernd einer Befragung unter Deutschen.

### Andere Prioritäten

Abweichend hiervon präsentiert sich allerdings die Prioritätenliste der zu lösenden politischen Aufgaben. Hier werden die Bekämpfung des Rechtsradikalismus und die Gleichstellung von Ausländern noch vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genannt, was in einem gewissen Widerspruch zur positiven Einschätzung der individuellen Situation steht.

Ein bedeutender Indikator der Integration ist die Beherrschung und Verwendung der Landessprache. Es stellte sich heraus, dass im Arbeitsleben überwiegend deutsch und im familiären Umfeld überwiegend türkisch gesprochen wird. In der Freizeit wird Befragten mit türkischer Staatsange-

hörigkeit überwiegend türkisch gesprochen. Diese Gruppe tendiert auch dazu, bei Freizeitaktivitäten oder im Freundeskreis eher Kontakte zu Türken als zu Deutschen zu pflegen.

Überhaupt ergab sich, dass die deutschen Staatsbürger türkischer Herkunft in so gut wie allen betrachteten Feldern besser integriert sind als in Deutschland lebende türkische Staatsbürger. Damit solle jedoch kein Kausalzusammenhang zwischen dem Er-



Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf: Keine erhöhte Anfälligkeit der Türken in Deutschland für Islamismus und Terrorismus

Foto: ms



Zeichnung: Mester

werb der Staatsbürgerschaft und Integrationsfortschritten behauptet werden, so Wilamowitz.

Wenn auch Integrationsdefizite deutlich werden: nichts in der Studie deutet auf eine erhöhte Anfälligkeit der Türken in Deutschland für die Parolen des islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus hin. Solche Befürchtungen seien vollkommen unbegründet. ■

Alexander Schuhr



# Politik und Religion in einer erweiterten EU

**W**ie ist das Verhältnis von Politik und Religion in den EU-Ländern? Wie steht es um den religiösen Pluralismus innerhalb der nach Osten erweiterten Europäischen Union? Das waren zentrale Fragen und Themen einer Tagung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Politik und Religion“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW).

Hartmut Behr beleuchtete die Schlussakte des Amsterdamer Vertrags vom 1. Mai 1999, in der sich die Mitgliedstaaten der EU erstmals auf den Bereich der Religion sowie auf das Verhältnis von Politik und Religion beziehen. Somit wurden auch „weiche“ Politikbereiche wie Religionspolitik neben den Kernbereichen der Integration wie Wirtschaftspolitik und Außen- und Sicherheitspolitik thematisiert.

## Diskriminierungsverbot

Laut Behr werden neue Fragestellungen und Problemkonstellationen sichtbar, wenn es nach einer Erweiterung auf 27 oder gar 30 Mitgliedstaaten zu Pluralisierung und Diversifizierung von Religionen und Kirchen kommt. Als europäische „Leitreligionen“ gelten sodann nicht mehr nur das protestantische und katholische Christentum, auch christlich-orthodoxe und islamische Bekenntnisse treten in den Vordergrund. Behr betonte, dass die Grundrechte-Charta der EU ein religiöses Diskriminierungsverbot verankert und die freie Religionswahl gewährleistet.

Vor diesem Hintergrund warf Behr eine Reihe von Fragen und Problemen auf:

- Ist die neue EU eher laizistisch geprägt oder soll es weiterhin ein klares religiöses, gegebenenfalls christliches Bekenntnis geben?
- Gibt es bzw. kann es eine religiöse „Leitkultur“ innerhalb der EU geben?
- Wie ist unter allgemein demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu regeln?

- Wie soll darüber hinaus das Verhältnis der Kirchen und Religionsgemeinschaften untereinander gestaltet werden?



*Jamal Malik sprach sich für eine muslimisch-europäische Öffentlichkeit aus.* Foto: kk

Seiner Meinung nach lassen sich diese Fragen unter die Stichworte „Pluralisierung“ und „rechtliche Regelung“ bzw. „Neuregelung des Staat-Kirche-Verhältnis“ subsumieren.

Mit dem Verhältnis von Politik und Religion in Griechenland beschäftigte sich der Journalist Niels Kadritzke. Er stellte fest, dass die Trennung von Kirche und Staat noch nicht vollständig vollzogen sei und von Seiten der Kirche auch radikal abgelehnt werde. Diese entwickelte sich aber immer mehr zu einer volkstümlichen, folkloristischen Kirche. Ein Beispiel hierfür sei, dass der Gottesdienst an Feiertagen besser besucht sei als an sonstigen Sonntagen während des Kirchenjahres. Die Regierung Simitis hält beständig an dem Ziel fest, Griechenland in die EU zu integrieren und somit auch einen wichtigen Schritt in Richtung der Trennung von Staat und

Kirche zu gehen. Dabei wird aber die Kirche ihren politischen Einfluss erheblich zurückschrauben müssen, ein empfindlicher Autoritätsverlust ist vorprogrammiert.

Das Thema „Die Europaidee aus der Perspektive des Islams“ behandelte der Erfurter Religionswissenschaftler Jamal Malik. Er sprach sich deutlich für eine europäische bzw. muslimisch-europäische Öffentlichkeit aus, die Prozesse ihrer gemeinsamen Angelegenheiten debattiert. Die Beitrittsländer müssten sich ihrer politischen und kulturellen Gemeinsamkeiten bewusst werden. Um zu einem multi-kulturellen und multi-religiösen Gebilde zu gelangen, bedürfe es laut Malik einer Lockerung „kulturalistischer Kriterien“ innerhalb der EU.

Auf die Religion und politische Kultur in Großbritannien und Irland kam David Hempton zu sprechen. Er konstatierte sehr deutlich den „Death of Christian Britain“ und meinte, dass es in Großbritannien zwar „believers“, aber wenig „belongsers“ gäbe. Stattdessen würden Religionen wie der Islam, der Hinduismus oder amerikanische Formen einer „popular religiosity“ immer stärker werden. Dies führe zu einem Gegensatz zwischen religiöser Intensität und religiöser Toleranz.

## Zunehmende Pluralisierung

Die Tagung machte deutlich, dass die Vielfalt und Uneinheitlichkeit des europäischen Kulturraumes eine interkulturelle und übereinstimmende Formulierung eines europäischen Selbstverständnisses erschwert. Mit dem Integrations- und Erweiterungsprozess werden gesamteuropäische Institutionen gestärkt und rechtliche Regelungen vereinheitlicht. Außerdem kommt es auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene zu einer zunehmenden Pluralisierung und gleichzeitig zu einer Ausdifferenzierung religiöser Orientierungen. ■

Katharina Klugmann

# Eine neue Variante des Totalitarismus

## Zur Theorie und Strategie des Islamismus

**D**er Versuch einer Analyse des Islamismus misslingt immer dann, wenn er seiner religiös formulierten Ideologie wegen in einen „sakralen Schonraum“ gestellt wird. Der politische Islamismus muss vielmehr aus dem „Naturschutzpark“ der religiösen Tabuzone herausgelöst und interdisziplinärer Ideologiekritik unterworfen werden. So ergibt sich: Nach Sowjetkommunismus, italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus ist Islamismus eine weitere, die historisch jüngste Form des Totalitarismus. Die freiheitliche Welt ist seit dem 11. September 2001 auf dem Wege zu erkennen, dass sie einer Auseinandersetzung nicht ausweichen darf. Dies ist der Kerngedanke eines hier gekürzten Vortrags, den die Historikerin Tania Puschnerat, Privatdozentin an der Ruhr-Universität Bochum und Referentin beim Bundesamt für Verfassungsschutz, in einer Kooperationsveranstaltung der Akademie mit dem „Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie“ gehalten hat.

1964 erschien das Buch „Wegzeichen“ des Ägypters Sayyid Qutb, das bis heute als Manifest des – je nach Perspektive – revolutionären oder terroristischen – jedenfalls *aktivistischen Islamismus* weltweit verbreitet ist. 1966 wurde der seit 1951 bekennende Muslimbruder unter dem Nasser-Regime hingerichtet und avancierte zum Märtyrer der „islamischen Bewegung“. Qutb schrieb „Wegzeichen“ als Insasse ägyptischer Gefängnisse und als Zeitzeuge des einstweiligen Scheiterns einer islamistischen Reformstrategie. Qutbs „Manifest“ ist die islamistisch-revolutionäre Antwort auf diese Erfahrungen.

Qutb beginnt mit einer Endzeitprophezeiung, in der seine fundamentale, antiwestliche Kulturkritik gleich am Anfang zum Ausdruck kommt. Die Menschheit stehe vor dem Untergang; der Westen trage daran die Schuld. Qutb konstruiert „den Westen“ als Metapher für *alle* auf der Autonomie des Menschen beruhenden Denkmotive und politischen Systeme. Allein der Islam biete das „System“, das auf der Grundlage des islamischen Gesetzes, der shari'a, im Stande sei, die menschliche Existenz vom individuellen Lebensvollzug bis zur staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung zu regeln.

Qutb propagiert eine islamische Erweckungsbewegung, die der Herrschaft der Jahiliyya – der Herrschaft der Unwissenheit in Gestalt hegemonialen westlichen Denkens und westlicher Zivilisation, die aber auch und



*Die Historikerin Tania Puschnerat analysiert den Islamismus als jüngste Form des Totalitarismus*

gerade die muslimische Welt beherrsche – ein Ende setzt. Dafür bedarf es der Bildung einer „muslimischen Gemeinschaft“ oder „muslimischen Vorhut (Avantgarde)“. Jahiliyya ist Rebellion gegen Gott, ist Synonym für die westeuropäische Aufklärung, sie ist der selbstverschuldete Ausgang des

Menschen aus seiner gottgewollten Unmündigkeit. Folge ist die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen im Kapitalismus wie im Kommunismus. Qutb entwirft einen klassischen revolutionären Kader islamistischer Spielart, der den Heiligen Krieg, den Jihad, gegen die von der Jahiliyya beherrschte Umgebung führen wird. Vorbild für die islamistische Avantgarde sind die frühen Gefährten Mohammeds in Mekka, die „einzigartige koranische Generation“, wie Qutb sie nennt.

Die islamistische Avantgarde führt den Jihad. Qutb gibt keine konkreten Anweisungen, wie das Jahili-System zu bekämpfen sei. Er lässt aber auch keinen Zweifel daran, dass die die Welt politisch kontrollierende Gottlosigkeit nur „auf dem Schlachtfeld“ von einer organisierten Bewegung beseitigt werden könne. „Körperliche Gewalt“ und „Heiliger Krieg“ seien unumgänglich, um die Organisationen und Autoritäten des Jahili-Systems abzuschaffen, und den Menschen somit die Freiheit zur Unterwerfung unter Gottes Gesetz zu verschaffen. Die islamistische Bewegung wird zur Befreiungsbewegung, für die Gewaltanwendung unverzichtbar ist.

Qutb bleibt bei der Beschränkung der islamistischen Bewegung auf die arabische und weiter die muslimische Welt nicht stehen. Islam sei eine „*universale* Deklaration der Freiheit des Menschen von der Knechtschaft durch andere Menschen“, die Erklärung der Souveränität Gottes über die ganze Welt und die Einführung der Herrschaft der shari'a, des göttlichen Gesetzes in allen menschlichen Angelegenheiten. Islam sei nicht nur eine Freiheitsbewegung für die Araber, die islamische Botschaft lasse sich keineswegs geographisch oder ethnisch begrenzen.

Die Faszination und zugleich die Gefährlichkeit der „Wegzeichen“ liegt darin, dass sie einen aktivistischen, revolutionären Islamismus propagieren, ein globalisiertes Feindbild anbieten und die verführerische Vision einer kämpferischen Elite entwerfen, die zumal die gewaltsame Aktion als verbalinspirierten Willen Gottes rechtfertigen kann.



## Islamismus in der Türkei

Als Necmettin Erbakan 1991 seine Programmschrift „Gerechte Ordnung“ (adil düzen) veröffentlichte, hatte der bis heute bekannteste türkische Islamist bereits eine lange politische Karriere hinter sich und der türkische Islamismus konnte auf eine zwanzigjährige Tradition zurückblicken. 1970 hatte Erbakan mit der „Milli Nizam Partisi“ (MNP) die erste islamistische türkische Partei gegründet, die nach dem Verbot wegen Verstoßes gegen das Laizismusprinzip 1971 nur ein Jahr später als „Milli Selamet Partisi“ (MSP) wiederauferstand. Nach dem Parteienverbot im Zuge des Putsches von 1980 gründete Erbakan die „Refah Partisi“ (RP). 1996/97 war er, der mit seiner MSP bereits in den 70er Jahren an Regierungskoalitionen u.a. mit rechtsextremistischen Parteien beteiligt war, türkischer Ministerpräsident; damit stand zum ersten Mal seit der Republikgründung 1923 ein Islamist an der Spitze der laizistischen Republik Türkei. 1997 erzwang der vom Militär dominierte Nationale Sicherheitsrat den Rücktritt Erbakans, die RP wurde 1998 verboten. Der türkische Islamismus wuchs auf der Grundlage einer ebenso unmerklich wie beständig verlaufenen gesellschaftlichen Re-Islamisierung, die unter den Nachfolgern Mustafa Kemals geduldet und von der Militärführung zeitweise instrumentalisiert wurde.

Türkische Islamisten kaprizierten sich angesichts der kontinuierlich drohenden restriktiven Maßnahmen des Staates bzw. des Militärs von Anfang an auf die allmähliche, systematische Infiltration der staatlichen Administration, auf den Aufbau eines religiösen Schulwesens und die allmähliche Erringung der politischen Macht. Die Strategie des türkischen Islamismus, der nicht müde wurde und wird, in offiziellen Verlautbarungen seine Verfassungstreue zu bekunden, konzentriert sich darauf, die Grundprinzipien der kemalistischen Doktrin zu besetzen und umzudeuten: Nationalismus, Fortschritt, Modernität, Laizismus. Aber auch Verfassungsprinzipien wie Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit werden im islamistischen Sinn neu definiert.

Bis in den textlichen Aufbau hinein präsentiert sich Erbakans „Gerechte Ordnung“ sachlich-nüchtern-analytisch; es gibt zahlreiche Statistiken, Berechnungen, Prozentzahlen. Man findet weder Koranzitate und selten das Wort Islam, schon gar nicht den staatlicherseits verfeimten Begriff der shari'a, die gleichwohl im Bedeutungsgehalt der „Gerechten Ordnung“ aufgehoben ist. Ideologische Schlüsselbegriffe des türkischen Islamismus sind „Moral“, „Sitte“ (ahlâk) und „Tugend“ (fazilet), auf denen eine „Gerechte Ordnung“ allein gegründet werden kann. Die politisch-ideologische Bedeutung erschließt sich über das Referenzsystem der Worte: Das „islamische Ideal“ nämlich verbindet individuelle Moral und kollektive Sittlichkeit, meint zugleich persönliche Lebensregel und gesellschaftlich-politische „Ordnung“. Das ethisch-religiöse Wortgewebe, das auch die „Gerechte Ordnung“ durchzieht, hat eine eindeutige politische Signalfunktion. Nizâm, „Ordnung“, wird im Sinne Qutbs verstanden als *islamisches* System.

### *„Zentrales Element der Erbakanschen Gesellschaftskritik ist der Mythos von der 'jüdischen Weltverschwörung' bzw. vom 'zionistischen Komplott'.“*

Erbakan ist sehr konkret in der Benennung der „Feinde“. Er geht von einer prinzipiellen Kritik an der „materiellen“ und „geistigen“ Ordnung der modernen Türkei aus, die er als „Sklavenordnung“ bezeichnet. Diese sei die Folge eines Neo-Kolonialismus, der wiederum ein Instrument des „Imperialismus“ sei. Eigentliche Drahtzieher seien jedoch die „Zionisten“, die den Imperialismus kontrollierten und ihre Herrschaft „mittels imperialistischer Staaten“ ausübten. Der von ihnen beherrschte Kapitalismus beute die „gesamte Menschheit“ aus. Zentrales Element der Erbakanschen Gesellschaftskritik ist der Mythos von der „jüdischen Weltverschwörung“ bzw. vom „zionistischen Komplott“. Der Arm des zionistisch-westlichen Imperialismus

reiche bis in die türkische Politik. Es liege in seinem Interesse, in der Türkei „verschiedene Parteien zu unterstützen“ und „unter Einsatz aller Mittel“ an der Macht zu halten. In diesem Zusammenhang spielt die beständige Beschwörung eines islamisch-osmanischen Reichsmythos eine bedeutende ideologische Rolle. Als alternatives Geschichtsbewusstsein zum offiziellen kemalistischen Geschichtsbild bietet der türkische Islamismus das verklärte Bild eines Osmanischen Großreiches als historisches Vorbild eines islamischen Staats- und Gesellschaftswesens an, das 600 Jahre lang erfolgreich gewesen sei, bis es sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine von europäischem Denken beeinflusste Verfassung gab.

Mit der osmanischen Reformphase des 19. Jahrhunderts, konkret mit der „liberalen“ Verfassung von 1876 beginnt nach islamistischer türkischer Zeitrechnung die Abkehr vom Islam als Staatsgrundlage und damit der Niedergang der Türkei. Die von türkischen Islamisten häufig beschworene neue „Groß-

türkei“ kann dieser Auffassung zufolge nur auf dem Weg der systematischen Umerziehung der Türken zu ethisch-moralischen Menschen, d.h. zu islamischen Menschen, die eine auf dem Islam beruhende „Gerechte Ordnung“ errichten, erreicht werden.

Türkische Islamisten reden nicht von „islamischem Staat“, propagieren nicht die „shari'a“ und predigen nicht den „Jihad“. Der eminent politisch-ideologische Gehalt ihres vordergründig politisch korrekten, man könnte fast sagen: konspirativen Lexikons, enthüllt sich erst bei genauerem Hinsehen und im politischen Kontext des türkischen Diskurses über den Staat und die Gesellschaft. Jihad meint im türkischen Fall nicht gewaltsame Opposition, gar

Revolution gegen den laizistischen Staat. Er vollzieht sich als Marsch durch die Institutionen.

Ali Bulac, geb. 1951, ist einer der bekanntesten islamistischen türkischen Intellektuellen. Seine Variante einer islamischen Gesellschaftsordnung – das sog. „Rechtsgemeinschaftenmodell“ – beeinflusste in den 90er Jahren das Programm der Refah-Partisi (RP) Erbakans.

## Abwendung von der Aufklärung

Bulacs Entwurf einer zukünftigen civil society orientiert sich an der Koexistenz verschiedener Glaubensgemeinschaften, die zugleich als Rechtsgemeinschaften verstanden werden. Der Mensch sei frei in seiner Glaubens- bzw. Weltanschauungswahl, gehe jedoch mit dieser Entscheidung automatisch die Verpflichtung ein, sich an die mit seiner Wahl verbundenen sozialen Normen und an das entsprechende Gesetzssystem (die jeweilige shari'a) zu halten. Die Rechtsgemeinschaften bestimmen jeweils ihre Wirtschaftsform, ihr Rechtswesen, ihr Erziehungssystem usw. Der Staat wird bei Bulac völlig marginalisiert und auf die Funktionen eines „Nachtwächter“-Staates bzw. einer Dachorganisation der Gemeinschaften reduziert. In einem 2001 erschienenen Aufsatz über „Globalisierung, Islam und die Zukunft der Muslime“ begrüßt Bulac die Globalisierung als Ent-Grenzung und damit als neue Chance des politischen Islam. Die traditionelle Moderne, „welche mit Renaissance, Reform und Aufklärung“ begonnen habe, sei euro- und egozentrisch gewesen. Eine positive Folge der Globalisierung erkennt Bulac in der allmählichen Abwendung vom Menschenbild der Aufklärung, vom „Irrglauben des Kopernikus“, in einem „evolutionären Aufwachen aus dem dogmatischen Schlaf der Aufklärung“. Die neue Selbstbesinnung des Individuums im Zeitalter der Ent-Grenzung führe zurück zur Religion (ob Christentum, Buddhismus oder eben Islam). Im Zeitalter der „globalen Moderne“ werde der Islam zum neuen Paradigma, Islam und Demokratie würden „ein neues Konzept der Übereinstimmung fin-

den“, das sich zuerst in der Türkei konkretisieren werde. Der säkulare Nationalstaat, Modell der Ära der „westlichen universellen Vernunft“, werde sich im Zuge der Globalisierung auflösen. Bulac prophezeit die Entstehung „vollkommen neuer gesellschaftlicher Organisationsformen“ in der islamischen Welt und in Europa. Die für säkulare Staaten charakteristische Verbannung des Religiösen in die Privatsphäre werde aufgehoben. Die Rückkehr zu religiösen Formen der Vergesellschaftung wird als zukunftssträchtiges Projekt einer civil society im globalen Maßstab präsentiert.

Es spricht einiges dafür, den Islamismus nach dem Marxismus-Leninismus und dem Nationalsozialismus/Faschismus als die dritte, historisch jüngste Form des Totalitarismus zu bezeichnen.

Das Totalitäre islamistischer Theorie wird nicht dann zwingend erkennbar, wenn man ihre Aussagen ausschließlich in den Kontext der islamischen Theologie oder der – vermeintlich autochthonen – Geschichte der islamischen Welt stellt und danach fragt, in welchem Verhältnis die islamistische Ideologie zum Islam steht. Diese Perspektive kann tendenziell dazu führen,

*„Jihad meint im türkischen Fall nicht gewaltsame Opposition, gar Revolution gegen den laizistischen Staat. Er vollzieht sich als Marsch durch die Institutionen.“*

Dem ägyptischen Muslimbruder Qutb Mitte der sechziger Jahre, dem türkischen Politiker Erbakan des Jahres 1991 und dem Publizisten Bulac des Jahres 2001 ist die Vision eines wie auch immer konkret gestalteten Staats- und Gesellschaftssystems auf religiöser, d.h. islamischer Grundlage gemeinsam. Zum Grundbestand ihrer Ideologie gehören die grundsätzliche Ablehnung der westlichen Kultur und Zivilisation inklusive ihrer philosophischen Grundlagen sowie das „integristische“ Verständnis von Islam als eines „Systems“ der umfassenden Regelung individueller und kollektiver menschlicher Existenz. Dass er seine Botschaften und „Wahrheiten“ – auch darin den uns vertrauten Ideologien ähnlich – mit unterschiedlicher Begründung und mit unterschiedlicher Terminologie zu vermitteln sucht, sollte über dieses Faktum nicht hinwegtäuschen. Die Strategie – aktivistisch, legalistisch oder modernistisch-intellektuell – hing und hängt jeweils von den konkreten politischen und sozialen Gegebenheiten ab, unter denen Islamisten leben und arbeiten.

den Islamismus dem Vergleich mit anderen totalitären Ideologien westlicher Genese zu entziehen und ihm einen sakralen und/oder kulturrelativistischen Schonraum, frei von den Zumutungen der westlichen Ideologiekritik, zu gewähren. Der Islamismus muss aus dem Arkanum des tabuisierten religiösen Bereichs herausgelöst und in den Kontext der totalitären Ideologien westlicher Provenienz gestellt werden, d.h. er ist der interdisziplinären Analyse auszusetzen. Ein solcher Ansatz könnte auch einem kritischen Dialog „des Westens“ mit „dem Islam“ und einer Auseinandersetzung mit dem Islamismus förderlich sein. Für die „westliche“ Seite wäre es wünschenswert, dass sie es spätestens seit dem 11. September 2001 wagt, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, sich ihrer eigenen, nämlich der westeuropäischen Geschichte der Entwicklung des modernen Verfassungsstaates – was gelegentlich nützlich sein soll – zu erinnern und so gerüstet in die Debatte mit dem Islam und mit dem Islamismus einzutreten. ■



# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## Januar

**2-1\* 7. – 10. Januar**

### **Die Osterweiterung der EU**

Chancen und Risiken für Wirtschaft und Landwirtschaft der alten und neuen Mitgliedsländer

In Kooperation mit der Vereinigung der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

**3-1 16. Januar**

### **Zeitgeschichte im Fernsehen / Workshop**

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

**4-1\* 20. – 24. Januar**

### **Epochenwechsel - Deutschland in den 80er und 90er Jahren**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**4-2 20. – 24. Januar**

### **Politik kritisch hinterfragt**

Interviewtraining für Journalisten. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

## Februar

**7-1\* 10. – 14. Februar**

### **„Moral ist gut, Rechte sind besser“**

Die Verwirklichung der Menschenrechte in der nationalen und internationalen Politik

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Piazzolo / Eva Post-Lange

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**7-2\* 10. – 14. Februar**

### **Krisen und Konflikte in der internationalen Politik**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**8-1 18. – 20. Februar**

### **Mit Sicherheit ein gutes Gefühl – Genetische Diagnostik unter der Lupe**

Leitung: Miriam Wolf

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

**9-1\* 24. – 26. Februar**

### **Innere Reform und Osterweiterung – Herausforderungen für die EU**

In Kooperation mit dem Deutschen Hausfrauenbund Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

# Themen Tagungen Termine

Für die mit einem \* gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

## März

**10-2 7. – 9. März**

**Media and Globalization: Learning Networks – uniting or dividing?**

in cooperation with Louis National University, Heidelberg

Leitung: Klaus Grosch / Dubois

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

**11-1\* 11. – 13. März**

**Integration von Migrantinnen**

In Zusammenarbeit mit dem Jugendamt München

Leitung: Klaus Grosch / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

**12-1\* 17. – 21. März**

**Europa und der Islam**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Peter Hampe / Eva Post-Lange

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**12-2\* 17. – 21. März**

**Widerstand und Kollaboration unter der NS-Herrschaft in Europa**

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Jürgen Weber / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**12-3 18. März**

**Akademiegespräch im Landtag**

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Karin Sittkus Tel. 08158/256-49

**12-4 21. – 23. März**

**Nur ethische Reserve?**

Zur gesellschaftlichen Rolle der Kirchen

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Ina Raus Tel. 08158/256-53

**13-1\* 24. – 27. März**

**Schülerforum zu aktuellen Fragen der Politik**

Leitung: Manfred Schwarzmeier / Miriam Wolf

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

**13-2\* 24. – 26. März**

**Didaktik des Geschichtsunterrichts an Realschulen**

Fortbildungsseminar für Seminarlehrer/innen im Fach Geschichte

an staatlichen Realschulen in Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

**13-3 27. – 29. März**

**Im Widerstreit der Interessen –**

**Reformoptionen für das Gesundheitswesen**

Fachkonferenz

Leitung: Peter Hampe / Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46





## Deutschland und die Welt nach 1945

Buchners Kolleg. Themen Geschichte  
von Jürgen Weber unter Mitarbeit von Harald Focke,  
Klaus Dieter Hein-Mooren und Volker Herrmann  
C.C.Buchners Verlag, Bamberg, 2002  
271 Seiten, 21,90 Euro, ISBN 3766146858

Die neue Oberstufenreihe **Themen Geschichte** macht sich ein zentrales Anliegen des modernen Geschichtsunterrichts zu Eigen: Vorrang für die Quellen! Die sorgfältig ausgesuchten und aufbereiteten Materialien sprechen für sich selbst und sind so miteinander kombiniert, dass sie aufeinander Bezug nehmen – teils ergänzend, teils kontrastiv. Auch komplexe Themen können auf diese Weise systematisch eingekreist und multiperspektivisch betrachtet werden. Der jedes Kapitel eröffnende Materialenteil wird begleitet von einer Darstellung, die sich auf dem neuesten Forschungsstand bewegt und die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Ereignisse und Zusammenhänge prägnant vorstellt. Die sorgfältige Kombination von reichhaltigem Material und solidem Basiswissen lässt die Geschichtsstunde zu einer „Werkstatt“ handlungsorientierten Unterrichts werden.

Clemens Vollnhals / Jürgen Weber (Hrsg.)

**Der Schein der Normalität**  
**Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur**  
Olzog Verlag GmbH, München, 2002  
455 S., Euro 19,50

Rezension von Arnd Bauerkämper  
aus: INTERNET NEWSLETTER  
„Humanities- Sozial- und Kulturgeschichte“  
(Humboldt-Universität zu Berlin,  
Institut für Geschichtswissenschaften)

Das Verhältnis von Herrschaft und Alltag in der SED-Diktatur ist seit dem Umbruch von 1989/90 intensiv und kontrovers diskutiert worden, nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern auch in der politischen Öffentlichkeit. ...

Gesellschaft als Konstruktion der SED-Machthaber oder als autonomer Raum der Selbstorganisation – zwischen diesen polaren Deutungen sind zahlreiche Interpretationen des Verhältnisses von Herrschaft und Alltagsleben angesiedelt. Jedoch ist die „Vermittlung zwischen dem Politischen und dem Sozialen“ konzeptionell bislang nicht überzeugend gefasst worden.

Mit dem von ihnen herausgegebenen Band beanspruchen Clemens Vollnhals und Jürgen Weber nicht, diese Aufgabe zu bewältigen. In den Beiträgen werden aber Befunde empirischer Forschung präsentiert, die das Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft beleuchten. Die Herausgeber gehen von einer modifizierten Totalitarismustheorie aus, welche den Nexus von Integration und Repression in Weltanschauungsdiktaturen akzentuiert und eine totale Kontrolle durch ein Führungszentrum unterstellt, das über das Herrschaftsmonopol verfügt. Obgleich sie erwähnen, dass die SED-Macht-

haber ihren Herrschaftsanspruch nie zurücknahmen und die staatssozialistische Diktatur durchweg unter dem Gewaltvorbehalt der Führung stand, wird letztlich nicht deutlich, ob Vollnhals und Weber die „Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der Lebenschancen des Einzelnen“ (S.14) als Anspruch der Spitzenfunktionäre fassen oder als zutreffende Kennzeichnung des Verhältnisses von Herrschaft und Gesellschaft betrachten. Die Verfasser wechseln zwischen diesen beiden Interpretationen, so dass der Stellenwert der Aufsätze zu einzelnen Forschungsfeldern in dem Band nicht reflektiert wird. Sollten die Beiträge zeigen, inwieweit und wie die Machthaber in der DDR ihren Herrschaftsanspruch durchsetzten, oder sollen sie lediglich belegen, dass die SED-Diktatur „sowohl ihrem ideologischen Herrschaftsanspruch nach als auch in der machttechnisch perfektionierten Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft totalitär verfasst“ (S.16) war? Ist der Alltag ein ernst zu nehmender Gegenstand der Forschung zur Geschichte der zweiten deutschen Diktatur oder lediglich Reflex der Herrschaft? ...

Carla Zipser (Hrsg.)

## **Amazone mit Homepage**

**Künstlerinnen zwischen Tradition und Internet**

Verlag Reinhard Fischer, München, 2002

162 Seiten, 18,-- Euro, ISBN 3-88927-315-7

Die rasante Entwicklung der neuen Medien und Technologien hat eine junge Medienkunstszene entstehen lassen. Die Beiträge des vorliegenden Bandes thematisieren, dass Kunstentwicklung und Technologiefortschritt nicht unabhängig voneinander zu sehen sind. Neben kunsthistorischen Abhandlungen unter Einbeziehung der Genderperspektive stellt dieser Band auch aktuelle Projekte aus den Bereichen Bildende Kunst, Literatur und Musik vor.

In ihren Beiträgen gehen die AutorInnen den Fragen nach: Welche Notwendigkeit hat Kunst im Zeitalter des Internets? Was ist unter Medienkunst zu verstehen? Hat die LowTech-Bewegung eine Chance? Wie entwickelt sich der Kunstmarkt?



Eine Kooperationstagung der GEDOK München und der Akademie für Politische Bildung nahm Informationsdefizite über Entwicklung, Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen der neuen Medien und Technologien in der Kunst zum Anlass, Medienkunst und ihre Bedeutung für die Arbeit von Künstlerinnen zu thematisieren.

Das vorliegende Buch dokumentiert die Vorträge und Präsentationen der Tagung und soll sowohl einem kunstinteressierten Publikum als auch Künstlerinnen die Möglichkeit bieten, sich intensiver mit der Medienkunst zu befassen.

Die Tagung und die Dokumentation wurden vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit gefördert.



Walter Hömberg (Hrsg.)

## **Deutschland - einig Medienland?**

**Erfahrungen und Analysen**

LIT Verlag, Münster, 2002, 122 Seiten, 12,90 Euro

(MARKierungen Beiträge des Münchner Arbeitskreises öffentlicher Rundfunk; 2) ISBN 3-8258-4889-2

Das Jahr 2002 war ein Milleniumsjahr und damit per se ein Jubiläumsjahr besonderer Art – und es war, wie jedes andere auch, ein Jahr der Jahresjubiläen. Anlass zum Rückblick bot vor allem das Thema „Zehn Jahre deutsche Einheit“. Deshalb hat der Münchner Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk im September 2000 gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine Tagung unter dem Titel „Deutschland – einig Medienland?“ durchgeführt. Die Veranstaltung hat große öffentliche Aufmerksamkeit ge-

funden. Nachfolgend sind einige der Vorträge in überarbeiteter und aktualisierter Form abgedruckt. Die friedliche Revolution in der DDR und die deutsche Vereinigung haben auch die Medienlandschaft in Ostdeutschland verändert. Der Band geht folgenden Fragen nach: Wie haben sich die Märkte für Presse und Rundfunk entwickelt? Wie unterscheiden sich die Inhalte der Medien und die Gewohnheiten der Nutzer? Was ist übrig geblieben von originären ostdeutschen Entwicklungen und Modellen der Wendejahre? Welche Rolle spielen heute die Journalisten, die ihr Handwerkszeug unter DDR-Bedingungen gelernt haben? Haben die Medien ihre Aufgabe bei der deutsch-deutschen Integration und dem Zusammenwachsen erfüllt? Ein Jahrzehnt nach Beginn der Vereinigung legen Kommunikationswissenschaftler und Journalisten aus Ost und West eine Zwischenbilanz vor.



STARNBERGER MERKUR vom 23. Juli 2002:

### Visionen, aber keine Spekulationen

#### Politiker geben sich in Tutzing Stelldichein

**E**ndlich einmal kein Regen beim traditionellen Sommerfest der Akademie für Politische Bildung in Tutzing – so äußerte sich Professor Heinrich Oberreuter in seiner kurzen Ansprache. Und in diesem Sinne empfanden es sicher auch die zahlreichen Gäste, die sich im Garten mit Innenhof-Charakter und Blick auf den Starnberger See am Freitagabend versammelt hatten. Der Hausherr freute sich, zahlreiche Landtagsabgeordnete der SPD und der Grünen begrüßen zu können, unter ihnen Ruth Paulig und der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget. Ebenfalls anwesend: Wolfgang Hoderlein, Landesvorsitzender der bayerischen SPD und neues Kuratoriumsmitglied der Akademie, der auf diesem Posten ebenfalls die Nachfolge von Renate Schmidt angetreten hat.



*Heinrich Oberreuter begrüßte die Gäste und Freunde der Akademie*

Oberreuter teilte seine Visionen von einer möglichen großen Koalition mit. Doch über die Person des Kanzlers wollte er „keine Spekulationen“ an-



*Das „Cordula Schickel Jazz Trio“ sorgte mit Virtuosität für beste Stimmung.*

*Fotos: Schröder*

stellen. Besonders betonte er die gute und fruchtbare Zusammenarbeit mit der benachbarten Evangelischen Akademie und dessen Leiter Friedemann Greiner. Auch der Bischöfliche Vikar für Bayern der Griechisch-Orthodoxen Kirche, Apostolos Malamoussis, war ein willkommener und in seinem schwarzen Gewand aus der Masse herausragender Gast des Sommerfestes.

Nachdem der Redner noch darauf hingewiesen hatte, dass die Möglichkeit bestehe, zu den Klängen des Cordula Schickel Jazz Trios zu tanzen – unter dem Hinweis, dass er sicher nicht den Anfang machen werde – konnte er auch den inzwischen eingetroffenen Staatsminister Reinhold Bocklet begrüßen. ...



*Neben guter Musik und schönem Ambiente sorgte an diesem lauen Sommerabend nicht zuletzt das reichhaltige Buffet für gute Laune*

Ansgar Lange in DIE TAGESPOST vom 4. Juni 2002:

### „In allem Geistigen ist das Politische latent“

#### Thomas Mann und die totalitären Versuchungen des 20. Jahrhunderts

**D**ie überwiegend positive Resonanz, welche die Verfilmung des Lebens Thomas Manns in diesem Jahr gefunden hat, konnte den Eindruck erwecken, nun endlich habe sich das deutsche Volk mit einem seiner größten Dichter ausgesöhnt. Das Verhältnis des Literaturnobelpreisträgers von 1929 zu seinem Land und zu dessen Menschen war aber nicht immer so spannungsfrei. Der Grund hierfür war die Politik. ...

Dass der Lübecker Kaufmannssohn auch weiter ein Fall für die Wissenschaft bleibt, das unterstrichen die Mitglieder des von Eckhard Jesse und Uwe Backes mit begründeten Veldensteiner Kreises. Mittlerweile zum 24. Mal traf sich diese Vereinigung, um sich über Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie auszutauschen. Dieses Mal kam man in der am Starnberger See gelegenen Politischen Akademie Tutzing zusammen.

#### Übungen in typisch deutscher Schwere und Tiefe

Der Referent zum Thema „Thomas Mann und der Extremismus“ war ein ausgewiesener Kenner, den Gastgeber Jesse nicht ohne Grund als den bekanntesten und einen der bedeutendsten deutschen Politologen der Gegenwart pries. Der so Gerühmte, dem diese Charakterisierung allerdings als viel zu übertrieben erschien, war Kurt Sontheimer, Prototyp des politischen Professors, der immer wieder den akademischen Elfenbeinturm verlassen und sich mit angenehm klarer Sprache auch in der Publizistik getummelt hat. Vor nunmehr 40 Jahren erschien sein Buch über „Thomas Mann und die Deutschen“, welches den großen Sohn Lübecks einmal nicht als brillanten Stilisten oder zergrübeltes, manchmal

menschlich abstoßendes Genie mit latent homoerotischen Neigungen zeigt, sondern als politischen Schriftsteller. Sontheimer wies nach, dass der 1875 geborene Mann bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges kein größeres Interesse an der Politik hegte. Mit seinen 1918 erschienenen „Betrachtungen eines Unpolitischen“ übte sich Mann in typisch deutscher Schwere und Tiefe. Auf der politischen Ebene befürwortete er den Neutralitätsbruch des kaiserlichen Deutschland gegenüber dem kleinen Belgien und entsprach ganz dem Bild eines konservativen und nationalistischen Deutschen.

#### Unterwegs als Wanderprediger der Demokratie

Nach dem verloren gegangenen Weltkrieg war es mit dieser „Unschuld“ vorbei. Ab jetzt wusste der Autor der „Buddenbrooks“: „In allem Geistigen

ist das Politische latent“. Er avancierte zum geistigen Repräsentanten der Weimarer Republik und bereiste als „Wanderprediger der Demokratie“ alle wichtigen europäischen Hauptstädte, um das neue Staatswesen gleichsam geistig zu repräsentieren. Seine 1922 in Anwesenheit von Reichspräsident Friedrich Ebert gehaltene Rede „Von deutscher Republik“ sollte das fragile Weimarer Staatswesen unterstützen, die 1930 vorgetragene „Deutsche Ansprache“ war der Versuch, das deutsche Bürgertum auf die Seite der Sozialdemokratie zu holen. Mochten die Argumente Manns für die Demokratie noch so weltfremd und ausgedacht sein, eines sollte man dabei nicht vergessen: Der großbürgerliche Mann ergriff Partei für die kleinbürgerliche SPD, da diese in seinen Augen eine Stütze der deutschen Demokratie darstellte, ...

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Oktober 2002:

### Bayern sagt Korruption im Staat den Kampf an

**D**ie bayerische Staatsregierung sagt der Korruption im öffentlichen Dienst den Kampf an. Wie Innenstaatssekretär Hermann Regensburger (CSU) am Wochenende in Tutzing sagte, wird ressortübergreifend an einem Konzept gegen Bestechung und Bestechlichkeit gearbeitet. Ziel ist es, Korruption im Vorfeld zu verhindern und konsequent gegen bestechliche Beschäftigte vorzugehen. Das Konzept sehe umfassende Präventionsmaßnahmen vor und wolle den Einsatz von Spezial-Ermittlern verbessern, fügte Regensburger hinzu. Vom Bund forderte er, die Telefonüberwachung auch für schwere Fälle von Korruption zu ermöglichen.

Außerdem sei eine Kronzeugenregelung notwendig, um Insider zur Aussage zu bewegen. Bei der Vorsorge legt der Freistaat nach Worten Regensburgers besonderen Wert auf die Vermittlung eines „Wertebewusstseins“ in der Ausbildung seiner Mitarbeiter, das sie gegen Korruption „immunisieren“ solle. Ferner seien die Sensibilisierung von Führungskräften, eine „konsequente Personalrotation“ sowie eine „transparente Aktenführung“ von zentraler Bedeutung bei der Korruptionsbekämpfung. Regensburger nahm in Tutzing an einer Tagung der Akademie für Politische Bildung teil, die sich mit dem Thema „Der Rechtsstaat im Kampf gegen die Korruption“ beschäftigte.



Monika Bartl schreibt in „FORUM POLITIKUNTERRICHT 2/02“ über das Schülerforum der Akademie (s. auch Report 3/02 S.8):

### ... Lernort Akademie

Nach anfänglich leichter Unsicherheit – ungewohnte Räumlichkeiten, neue Bekanntschaften, die Erwartungen übertreffender Komfort des Hauses, verbunden mit der Schönheit der Seelandschaft – reagierten die SchülerInnen auf die Atmosphäre einer freien wissenschaftlichen Akademie mit steigendem Engagement für das Thema. Orts- und Zeitflexibilität, Auswahl an Medien und Personen als Ansprechpartner heben sich wohltuend von der systembedingten starren Fixierung (Beispiel 45-Minuten-Takt auf einer Schulbank) im Schulalltag ab.

### Lernort soziale Gruppe

Da die Arbeitsgruppen sich durchmischt zusammensetzten, bestand ein nicht gering zu erachtender sozialer

Lernerfolg des Projekts im Erwerb echter Teamfähigkeit. Interessant war es anscheinend auch, die Verhaltensweisen „fremder“ Lehrer, wissenschaftlicher Referenten und Tagungsleiter zu beobachten und einzuordnen. (Bei der an den meisten Gymnasien herrschenden Überalterung des Kollegiums sind den SchülerInnen die „hauseigenen“ Lehrkräfte, häufig in Gestalt überlieferter Rollenbilder, ziemlich vertraut!)

### Lernen durch Lehren

Die Langzeitbeschäftigung mit dem Nahost-Konflikt brachte, den Erwartungen der politischen Bildner entsprechend, einen enormen Zuwachs an Faktenwissen, das den anderen Teilnehmern in Schaubildern und durch Vortrag präsentiert wurde. Da bei den

Arbeits Themen auch nach Problemlösungen gefragt war, wurden solche zum Teil angeboten. Hier haben SchülerInnen erstaunliche Erkenntnisse gewonnen. Beeindruckt hat mich z.B. die Schlussfolgerung, dass der Symbol-Status Jerusalems auch eines symbolischen Lösungsansatzes bedürfe oder dass Israelis und Palästinenser sich in ihren Täter-Opfer-Rollen gegenseitig spiegelten.

### Lernen für Lehrer

Sehr beeindruckt hat die Gymnasiasten der Hauptreferent Michael Ingber. Seine Persönlichkeitsmerkmale sollten ihre LehrerInnen zeigen: sachlich kompetent, persönlich betroffen und dennoch objektiv, ruhig und geduldig. So geführt, mit viel Zeit und Materialien ausgestattet, können unsere SchülerInnen die Leistungen erbringen, die dem Profil von Gymnasiasten eigentlich entsprechen. ...

Über die Tagung „Schwarze Koffer – weiße Westen“ schreibt Johannes Eber im SÜDKURIER vom 8. Oktober 2002:

## Schwarze Koffer, weiße Westen, aber kein Ferrari

Es beginnt meist mit einem Zufall. So wie bei dem Streifenpolizisten aus Nordrhein-Westfalen. Der hatte seinen ganz gewöhnlichen Dienst absolviert. An einem ganz gewöhnlichen Sonntag. Einem verregneten Sonntag. Um genau zu sein: es hatte aus Kübeln gegossen.

Mit seinem Einsatzwagen war er durch sein Revier gefahren. Um nach dem Rechten zu sehen. Wie er das immer tat. Und so war er auch an dem Lärmschutzwall vorbeigekommen, welcher die Lautstärke des Straßenverkehrs für die Menschen im angrenzenden Wohngebiet auf einen erträglichen Pegel senkt. Doch der aufgeschüttete Lärmschutz sah nicht aus wie immer. Der starke Regen hatte Erde weggespült. Und was der Polizist sah, irritierte ihn. Er stieg aus dem Auto, um sich den Hügel genauer anzusehen. Und er entdeckte Plastik. Besser gesagt: Plastikabfälle. Der Polizist verständigte den Umweltdezernenten.

Damit war die Lawine ins Rollen gebracht. Heraus kam nicht nur, dass ein Unternehmen Abfälle beim Bau des Walles auf illegale Weise entsorgt hatte. Der Fall hatte viel größere Dimensionen. Die Korruption hatte sich in der Kommune ausgebreitet wie die Pest: Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen für das Wohn- und Gewerbegebiet war Schmiergeld in großem Stile geflossen.

„Am Ende gab es 200 Beschuldigte“, sagt Britta Bannenberg. Die ist Professorin für Jura an der Universität in Bielefeld und hat über Korruption habilitiert. Ihr Fazit: „Korruption ist viel weiter verbreitet als von den meisten angenommen wird.“ Und wie weit verbreitet? Achselzucken. Sie weiß es nicht. Andere auch nicht. Sicher ist nur eines: Korruption ist wie ein Eisberg. Sichtbar ist nur der kleinste Teil. Denn Korruption – also der Missbrauch von Macht zu privatem Nutzen – hat eine Besonderheit. Sie ist ein zunächst op-

ferloses Verbrechen. Profitieren tun zwei Akteure: Geber und Nehmer. Beide Seiten werden fett und satt. Keiner weit und breit, der Anzeige erstatten könnte.

„Aufdeckung korrupten Verhaltens geschieht meist zufällig“, sagt Britta Bannenberg, die jüngst Referentin zu diesem Thema bei der Akademie für Politische Bildung in Tutzing war. Die Fälle, welche aufgedeckt wurden, hat sie untersucht – bundesweit. 101 Strafverfahren in drei Jahren. Daraus fertigte sie ein Täterprofil: Der typische Korrupte ist männlich, deutsch, nicht vorbestraft, hat keine Schulden und eine gewisse Macht- und Entscheidungsbefugnis in Unternehmen oder der Verwaltung. Zudem ist er meist ehrgeizig, fachkompetent und legt Wert auf einen gehobenen Lebensstandard, der aber nicht nach außen getragen wird. „Ein Ferrari steht nicht vor dem Eigenheim“ ...

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Juli 2002:

### „Ein Land der fürsorglichen Belagerung“

**D**ie Soziale Marktwirtschaft bedarf der Wiederbelebung: „Wir leben in einem Land der fürsorglichen Belagerung“, klagte Winfried Schlaffke, stellvertretender Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), das der von Unternehmerverbänden getragenen Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft“ zuarbeitet. Die Gratwanderung zwischen Marktwirtschaft und Sozialstaat habe längst einen überbordenden Wohlfahrtsstaat hervorgebracht. Es gelte, dem Prinzip der Subsidiarität wieder Geltung zu verschaffen und die Eigenleistung der Menschen zu honorieren, sagte er auf einer Tagung der Politischen Akademie Tutzing.

Johannes Singhammer, der sozialpolitische Sprecher der CSU, sah den Weg dazu vor allem in einer Ankur-

belung des wirtschaftlichen Wachstums und in einer Entspannung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Angesichts der Kopplung der Sozialversicherung an das Beschäftigungsverhältnis liege darin die vorrangige Aufgabe des „mitfühlenden Sozialstaats“.

Irmgard Schwaetzer (FDP) indes konstatierte die „Unfähigkeit der Politik, die Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen“. Dieses wiederholte Politikversagen schade dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und seiner gesellschaftlichen Anerkennung.

Christine Scheel, die finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, warb unterdessen für eine erweiterte Anwendung des Konzepts der Nachhaltigkeit. „Nachhaltig ist eine Marktwirtschaft dann, wenn sie Ökologie, wirt-

schaftliche Dynamik und soziale Sicherheit zusammenbringt.“ Die Finanzexpertin warnte davor, die allgemeine Steuerpolitik vor den Karren aller möglichen gesellschaftlichen Belange zu spannen. Transparenter und sachgerechter sei es, rein gesellschaftspolitische Lenkungsziele mit speziellen Abgaben und Zulagen zu verfolgen.

Auch der Unternehmer Randolph Rodenstock, Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sah erheblichen Erneuerungsbedarf der Sozialen Marktwirtschaft. Es gelte die Antriebsquellen zu erhalten, die Schutzfunktion zu verbessern und die Chancengleichheit auszubauen. Die von der ursprünglichen Konzeption Alfred Müller-Armacks und Ludwig Erhards mittlerweile weit entfernte „real existierende Soziale Marktwirtschaft“ der Bundesrepublik sei kein Vorbild für andere Länder und schon gar nicht für die Weltwirtschaft. ...

Markus Behmer in FERNSEH-INFORMATIONEN 9/2002 über die Tagung „Quatsch, Quark und Quote“:

### „Leicht is' schwer was!“

... „**Spielementalität**“  
**ohne langen Atem**

Allen gemeinsam war die Klage über einen Mangel an guten Autoren wie auch Moderatoren in allen Showbereichen. So bliebe vieles in Deutschland bestenfalls Mittelmaß – eine Situation, die mehr Anstrengungen im Bereich der Ausbildung erfordere. Ebenfalls einig waren sich alle drei Produzenten in der Kritik an der mangelnden Risikofreude auf Seiten der Sender. Ohne sehr teure, von den Anbietern fertig vorproduzierte Pilotsendungen seien sie gar nicht willens, sich mit Neuem überhaupt zu befassen, und überhaupt seien sie eher bereit, altbekannte Erfolgsrezepte immer wieder zu recyceln und – leicht variiert – er-

neut auf die Jagd nach der Gunst des Publikums zu schicken, als Neues zu erproben. ...

Groß ist sie geworden, die „Familie Tainment“ von Mutter Show und Vater Entertainment, so wurde in Tutzing einmal mehr deutlich – mit Sprösslingen wie Service-, Emo- und Edutainment, wie Science-, History- und Timetainment (mit z.B. der 80er-Jahre-Show). Dass sie weiter gedeiht, daran bestehen wenig Zweifel.

Ein Fazit der Tagung in zwei Punkten und einer Forderung hatte Hömberg schon eingangs vorweg genommen: Die Fernsehunterhaltung sei gekennzeichnet durch erstens eine große Konstanz – „Die alten Saurier sind nicht mehr; aber sie sind abgelöst von jun-

gen Dinos wie Gottschalk und Jauch, die inzwischen auch schon seit mehr als 40 Semestern die Säle und Stuben füllen“ –, zweitens aber durch einen raschen Wandel: „Die Veränderungszyklen laufen immer schneller, die Halbwertszeit der Formate wird immer kürzer. Viele Innovationen erweisen sich indes als junger Wein in alten Schläuchen.“

Bleibe als Forderung: „Die Fernsehforschung, aber auch die Fernsehkritik sollte sich verstärkt mit der Qualität der Sendungen befassen. Statt kulturkritische Schwanengesänge anzustimmen, müssen Wissenschaftler und Journalisten präzise Kriterien für gute Unterhaltung entwickeln.“ Bleibt in Umkehrung eines erfolgreichen Kabarettprogramms von Ottfried Fischer zu sagen: Leicht is' schwer was!



Dr. Martin Balle im STRAUBINGER TAGBLATT vom 28. Oktober 2002:

### Ein streitbarer Verfechter von Freiheit und Demokratie

60. Geburtstag des Politologen Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

Dass Niederbayern sich freuen kann, einen Mann wie den 60 Jahre alt gewordenen Politologen Professor Heinrich Oberreuter, der in Passau Politikwissenschaft lehrt, zu beheimaten, das wurde bei seiner offiziellen Geburtstagsfeier, die ihm die Akademie für Politische Bildung Tutzing, der er als Direktor vorsteht, am Samstag ausrichtete, deutlich.

Denn die Gästeliste, die Oberreuter ihre Referenz erwies, war nicht nur hochkarätig, sondern vor allem auch parteiübergreifend. Der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Reinhold Bocklet (CSU), gratulierte genauso wie der Vorsitzende der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, Franz Maget, oder die Grünen-Abgeordnete Ruth Paulig.

Und alle waren sich einig: Der Politologe Heinrich Oberreuter ist ein streitbarer Verfechter einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung in Deutschland und er hat als solcher herausragende Arbeit vor und vor allem auch nach der Wiedervereinigung geleistet.

In einem kurzen Grußwort blickte Professor Dr. Achim Mehlhorn, Rektor der technischen Universität Dresden, zurück, wie Prof. Oberreuter nach 1989 als Dekan der Universität Dresden (gleichzeitig blieb er Dekan in Passau) die philosophische und die sprach- und literaturwissenschaftliche Fakultät in Dresden wiedergegründet hat.

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Thüringen, sprach ausdrücklich von „wertvollen Impulsen“, die Oberreuter für das Zusammenwachsen Deutschlands gesetzt habe. In seiner „Wertorientierung und Leidenschaft“

auf der einen Seite, aber auch in seiner „Rationalität und seinem Realismus“ auf der anderen Seite habe er einen „elementaren Sinn für Gleichgewicht und Gerechtigkeit.“

#### Praktische Wissenschaft

Einige Thesen, die Oberreuter zum Abschluss der Veranstaltung aufstellte, verdienen noch besondere Aufmerksamkeit. Politikwissenschaft, so betonte Oberreuter, sei praktische Wissenschaft: Sie habe den Auftrag zur politischen Bildung. Eine solche Nähe zum Gegenstand berge zwar auch Gefahren, diese Nähe sei aber unerlässlich. Denn „die demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen“ in Deutschland müssen konkret in Ordnung sein: „Politikwissenschaft ist Demokratiewissenschaft“.

In einer Demokratie gehe es immer um „die Anerkennung der anderen Meinung“. Zwei Gefahren bekannte Oberreuter, die er heute sehe: Zum einen gebe es die Gefahr, dass „die Massendemokratie die ursprünglichen demokratischen Normen“ nicht mehr in vollem Umfang erfülle. Der aufgeklärte Bürger sei heute in der Minderheit. Hier müsse die politische Bildung ansetzen. Auf der anderen Seite beklagte er eine immer stärkere „Emotionalisierung“, die die „Rationalität“ der politischen Prozesse zu zerstören drohe. Auch hier liege eine „Bringschuld politischer Bildung“, ihren Beitrag für vernünftige demokratische Prozesse einzubringen.

Während im 19. Jahrhundert in einem deutschen Sonderweg demokratische Zustände nicht gewollt gewesen seien, weil die Monarchie großteils als

höherwertiges Regierungsprinzip eingeschätzt worden wäre, gebe es heute oft „ein opportunistisches Duckmäusertum“, gegen das es anzuarbeiten gelte. Deutschland habe nämlich Talent zur Demokratie, wie es mit der Überwindung von brauner und roter Diktatur bewiesen habe, betonte Heinrich Oberreuter. Heute gelte es, diese demokratischen Werte in einem Akt „politisch-kultureller Hilfe“ auch nach Osteuropa weiterzutragen.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 20. September 2002:

### US-Abgeordnete auf Studienfahrt im Landtag

Neun amerikanische Abgeordnete aus Parlamenten mehrerer US-Bundesstaaten wollen sich in Bayern über den deutschen Föderalismus informieren. Bei einer gemeinsamen Konferenz mit ihren Kollegen aus dem bayerischen Landtag klagten die Volksvertreter gestern über zunehmende zentralistische Tendenzen und finanzielle Belastungen der Länder durch die jeweiligen Regierungen in Berlin und Washington. Sowohl CSU-Fraktionschef Alois Glück als auch der SPD-Abgeordnete Harald Güller forderten eine klare Abgrenzung der Aufgaben von Bund und Ländern.

# Namen und Nachrichten

aus der Akademie

## DIREKTOR

**Prof. Dr. Heinrich Oberreuter** hielt u.a. Vorträge am Deutschland Institut der Universität Amsterdam über die Modernisierung Bayerns und die Position der CSU im Parteiensystem der BRD, in Paris, Nürnberg, Chemnitz und Wien zur Analyse der Bundestagswahlen, in Sofia anlässlich der Eröffnung des Zentrums für Deutschland-Forschung über die „Chancen des Nationalstaates“, an der Evangelischen Akademie Tutzing anlässlich eines deutsch-südafrikanischen Symposions über „Changes for governments and participation in the age of globalisation“. Er moderierte in San Diego auf dem Jahreskongress der German Studies Association das Panel „Totalitäres Denken“, in Erfurt anlässlich der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft die Sektion Politikwissenschaft zu „Glaube und Gewalt“ und in Dresden das Hannah-Arendt-Forum über totalitäre Tendenzen des Islamismus. Außerdem referierte er in München vor dem Landesbeirat für Erwachsenenbildung.

## KOLLEGIUM

**Jürgen Maruhn** ist wegen Erreichen der Altersgrenze nach 32 Dienstjahren aus der Akademie ausgeschieden. Wir danken ihm für die geleistete Arbeit. (Eine ausführliche Würdigung erfolgt im nächsten Heft).

**Dr. Michael Piazolo** hielt anlässlich eines internationalen Seminars in Berlin einen Vortrag zum Thema „E-Government - Chances for recognition and identity within the EU“, er sprach vor dem Freundeskreis der Evangelischen Akademie, Tutzing in Kaufbeuren über „Politischen Frieden im Staat und zwischen den Staaten“ und referierte in München zu Chancen und Risiken der Erweiterung der Europäischen Union.

Im Wintersemester 2002/03 hält er wieder den Grundkurs Europäische Integration an der Hochschule für Politik in München und leitet den Abendkurs Europäische Union des Europäischen Bildungsinstituts e.V., der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München stattfindet.

## VERWALTUNG

**Josef Hammerschmid** hat seit Juli 2002 das Amt des Verwaltungsleiters der Akademie als Nachfolger von Helmut Hahn, der in den Ruhestand gegangen ist, übernommen.

**Mireen Hilbert** ist seit 2. September 2002 als Auszubildende für den Beruf der Kauffrau für Bürokommunikation in der Akademie.

## KURATORIUM

**Dr. Gerhard Waschler**, MdL, CSU, ist am 26. Juli 2002 als apl. Professor für Didaktik Sport an die Universität Passau berufen worden.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:**  
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing